

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 04

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Anna Baranski (ab)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80
eMail: info-berlin@dnr.de
www.dnr.de/drbb

Abonnement-Verwaltung

Thomas Kreuzberg, Geschäftsstelle Bonn
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte
Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Design: Florian Braun/terralisto, Berlin
Layout: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn
Internet: Holger Klitzke/describe it, Berlin

Gastartikel

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung
vor. Namentlich gezeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.
Eine regelmäßige freie Weitergabe des
Heftes ist nicht zulässig.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Willkommen zum 27. Deutschen Naturschutztag!

Liebe Leserinnen und Leser,

das Motto des 27. Deutschen Naturschutztages lautet "Neue Horizonte - Zukunftsaufgabe Naturschutz". Gastgeber ist dieses Mal das Land Brandenburg, das vom 25.-28. Mai in das Kongresszentrum am Templiner See in Potsdam einlädt.

Seit mehr als fünf Jahrzehnten treffen sich alle zwei Jahre die deutschen Naturschützer und Naturschützerinnen aus dem amtlichen, beruflichen und privaten Naturschutz zu diesem einzigartigen Forum des Naturschutzes in Deutschland. Traditionell bietet der Deutsche Naturschutztag (DNT) eine reichhaltige Palette an Themen und Fragestellungen, die in Vorträgen behandelt und in Arbeitskreisen diskutiert und vertieft werden.

Themen dieses DNT sind:

- Gewässer und Hochwasser
- Flächenschutz und -management
- Recht
- Kommunikation und Bildung im Naturschutz
- Naturschutz unter sich verändernden Rahmenbedingungen

Zusätzlich werden diese Themen bereichert durch

- zwei Werkstätten (Heimat und Naturschutz; Gender Mainstreaming und Naturschutz)
- freie Foren
- Ausstellungen
- ein interessantes Rahmenprogramm, das von Naturschutzorganisationen vor Ort durchgeführt wird.

In halb- und mehrtägigen Exkursionen können Einblicke in die praktische Naturschutzarbeit vor Ort gewonnen und vor allem auch die Schönheit der Landschaften in Brandenburg genossen werden.

Im Mittelpunkt der Abschlussveranstaltung steht das hochbrisante Thema "Gentechnik und Naturschutz" mit Fragen wie:

- Welche Konsequenzen ergeben sich für den Naturschutz in der Zukunft?
- Lassen sich Grüne Gentechnik und biologische Vielfalt vereinbaren?



Im Namen der Veranstalter - Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Bundesamt für Naturschutz (BfN) und Brandenburgisches Umweltministerium - möchten wir alle Naturschützerinnen und Naturschützer ganz herzlich zum DNT nach Potsdam einladen. Machen Sie mit, diskutieren Sie mit uns und den Referentinnen und Referenten, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Es gilt Positionen zu beziehen, Einfluss zu nehmen, dem Naturschutz seinen angemessenen Platz zu verschaffen. Aber vergessen Sie bei aller ernsthaften Auseinandersetzung nicht, auch die Aktivitäten und Darbietungen in dem reichhaltigen Rahmenprogramm zu erleben und zu genießen.

Das detaillierte Programm des 27. Deutschen Naturschutztages finden Sie in dem beiliegenden Programmheft.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre - und hoffe viele von Ihnen in Potsdam begrüßen zu können.

Ihre
Helga Inden-Heinrich,
stellv. DNR-Generalsekretärin

2 Impressum

3 Editorial

- Willkommen zum 27. Deutschen Naturschutztag!

5 Verbände, Umweltbewegung

- Kurt Kretschmann wurde 90
- Umwelt-Informationen per eMail

6 Agrar, Verbraucher

- Höhere Grünlandprämie gefordert
- Programm Ökologischer Landbau
- Hähnchenmast belastet Boden
- Kampagne für freie Aussaat
- Bauern-Einkommen stark gesunken
- Kein Ackerbau jenseits der Deiche
- Alternativen beim Goldabbau
- Raubbau-Holz: Baumärkte lenken ein

10 Emissionen, Abfall, Industrie

- Funkanlagen jetzt im Internet
- Mobilfunkmasten: Konflikte entschärft
- Elektrogeräte-Recycling kostenlos
- Aus für Thermoselect
- Studie: Giftmüll unter Tage lagern
- Alarmierender Feinstaub-Report

13 Energie, Klima

- Emissionshandelsgesetz beschlossen
- Clement blockiert Emissionshandel
- Grüne Energiepolitik unter Beschuss
- Szenarien für Klimakriege
- Neue Baufinanzierungspolitik
- Öko-Energieforschung braucht Geld
- Elektrogeräte nicht energieeffektiv
- Flugzeuge: Treibhauseffekt größer

19 Gentechnik

- Gentechnik-Novelle zu weich
- Gen-Mais zum Anbau freigegeben
- Künstl zur EU-Biopatrictrichtlinie
- Gentechnikfreie Zonen in Bayern
- Genpflanzen: Keine zweite Generation

Sonderseiten Wasser

- WRRl-Info 8: Informationen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie

21 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Nachhaltigkeitsstrategie wirkt kaum

23 Naturschutz, Artenschutz

- Waldgesetz-Vorschlag: Lob und Kritik
- Große Waldschäden erwartet
- Wende in der Jagdpolitik
- Tierschützer fordern Klagerecht
- Umstrittene Peta-Kampagne gestoppt

27 Verkehr, Tourismus

- Ergebnisse des Fahrradklimatests
- Radurlaub mit starken Zuwachsraten
- Bessere Chancen für die Schiene
- Mehr Geld für die Straße geplant
- Tourismus rettet Regionalbahnen
- Aus für Alleen vorerst abgewendet
- BUND: City-Maut fördert Zersiedlung
- Kritik an niedrigen Diesel-Steuern
- Maut- Einigung begünstigt Lkw
- Mehrheit für Autobahn-Tempolimit
- Werbung für Reisen ohne Auto
- Urlauber sollen Mallorca retten
- Klimaschutz versagt beim Verkehr
- Verkehrslärm erhöht Infarktrisiko

33 Wasser

- Lob für Hochwasserschutzgesetz
- Abwasser als Energiequelle
- Neue Versickerungs-Empfehlungen

35 Service

- Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen

Sonderbeilage

- Aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

NABU-Ehrenpräsident Kurt Kretschmann wurde 90

Naturschützer der ersten Stunde

Zahlreiche Umweltschützer und Verbände, darunter der NABU und der DNR, haben dem NABU-Ehrenpräsidenten Kurt Kretschmann am 2. März zu seinem 90. Geburtstag gratuliert. "Kurt Kretschmann hat maßgebliche Grundsteine für den Naturschutz gelegt", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke auf einer Festveranstaltung in Bad Freienwalde.

Kurt Kretschmann gilt als Naturschützer der ersten Stunde. Bereits 1947 war er ehrenamtlicher Kreisbeauftragter für Naturschutz in Brandenburg und organisierte die erste Brandenburgische Naturschutzausstellung. Mit den ersten Naturlehrpfaden schuf er die Grundlage für unzählige dieser Pfade in der DDR.

Mehrere tausend Holztafeln mit der Waldohreule als unmissverständliches Naturschutzsymbol ließ Kretschmann als Landesnaturschutzbeauftragter an Natur- und Landschaftsschutzgebieten aufstellen. Ein Symbol, das nach der Wende bundesweit übernommen wurde. In den fünfziger Jahren errichtete er die "Zentrale Lehrstätte für Naturschutz" im Müritzhof, die dazu beigetragen hat, den staatlich nur schwach unterstützten Naturschutz in der DDR durch die qualifizierte Arbeit vieler Idealisten voranzubringen. Ab 1960 baute Kurt Kretschmann bis in die achtziger Jahren zusammen mit seiner Frau Erna sein Blockhaus in Bad Freienwalde zum "Haus der Naturpflege" aus und öffnete es für alle an natürlicher Lebensweise, Naturschutz und Gartenbau Interessierten. Vorbildlich ist auch sein Engagement für den Weißstorchschutz.

Die bedeutenden Leistungen Kretschmanns und das diesjährige Jubiläum machen ihn zu einem Kandidaten für den Deutschen Umweltpreis 2004, für den der NABU ihn bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt vorgeschlagen hat. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Kostenlose eMail-Newsletter und Mailinglisten

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ausgewählten ökologischen Themen senden eine Reihe von Informationsdiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu umweltfreundlicher Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher eMail-Dienste ist jetzt im Internet zugänglich. ● Auf Anfrage kann sie auch zugemailt werden. (mb) ■

• Kontakt/Informationen

www.janun-hannover.de/483.0.html
eMail: info-berlin@dnr.de

Umweltverbände fordern höhere Grünlandprämie

"Umweltstandards bei Agrarreform unzureichend"

Die Umweltverbände haben von den Bundesländern Nachbesserungen bei der Agrarreform gefordert. Der bisherige Gesetzentwurf lege keine ausreichenden Umweltstandards fest, kritisierte der BUND. Ohne sie würde es sich oft stärker lohnen, Felder und Wiesen stillzulegen, statt sie sinnvoll zu bewirtschaften. Die Länder hätten sich zwar darauf geeinigt, Agrarsubventionen nicht mehr nach Produktionsmengen, sondern nach einem einheitlichen Flächensatz zu vergeben. Bei der Bundesratsabstimmung über die Umsetzung der EU-Agrarreform müsse jedoch die Grünlandprämie nachgebessert werden, forderten BUND, NABU und weitere Verbände. Mit durchschnittlichen rund 80 Euro pro Hektar zu Beginn der Reform sei sie eindeutig zu niedrig.

Wenn ein Bauer für jeden Hektar seiner Fläche eine gleiche Prämie erhalte und nicht mehr wie bisher Prämien nur für bestimmte Produkte, dann falle der Anreiz zur Überproduktion weg, so der BUND. Große Agrarbetriebe dürften nicht übermäßig stark gefördert werden, sonst würden sie mit Billigangeboten arbeitsintensive bäuerliche Höfe verdrängen. Prämien für die Agrarbetriebe sollen deshalb nach Ansicht der Umweltverbände an die Zahl der Arbeitskräfte gebunden werden, da umweltfreundliche Anbaumethoden mehr Personal erforderten.

Milchbauern besonders fördern

Grünlandbetriebe mit ökologisch wertvoller Wiesen- und Weidewirtschaft haben bisher keine Direktbeihilfen erhalten. BUND, NABU, DNR und Landbauverbände wiesen darauf hin, dass der Verfall der Milchpreise hier "verheerende Wirkungen" habe. Der BUND fordert, Grünlandbauern schon ab 2005 mindestens 150 Euro pro Hektar zu zahlen. Wenn der Einstieg in die Grünlandprämie zu niedrig ausfalle oder ihre Erhöhung verschoben werde, seien besonders die ökologisch wirtschaftenden Milchbetriebe gefährdet. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Programm Ökologischer Landbau wird fortgeführt

Nachfrageorientierte Aktivitäten des Bundesprogramms werden verstärkt

Bundesverbraucherministerin Renate Künast will das Bundesprogramm Ökologischer Landbau fortsetzen. Dafür sollen bis 2007 jährlich 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Die 2002 begonnenen Maßnahmen haben nach den Worten der Ministerin einen wichtigen Anstoß für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Öko-Branche gegeben. Ein Erfolg des Programms sei es, dass der Ökolandbau und der Biomarkt trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes im Jahr 2003 weiter gewachsen sei.

Künftig sollen die nachfrageorientierten Aktivitäten des Bundesprogramms weiter verstärkt werden, erfolgreiche Projekte zur Unterstützung von Landwirtschaft, Beratung, Verarbeitung und Handel sollen fortgeführt und gezielt praxisnahe Forschungs- und Entwicklungsvorhaben unterstützt werden. Grundsätzliches Ziel ist eine ausgewogene Entwicklung von Angebot und Nachfrage.

Vorgesehen ist, das Programm in den derzeit von der Europäischen Kommission vorbereiteten EU-Aktionsplan für den Ökolandbau und ökologisch erzeugte Lebensmittel einzubetten. Im Frühjahr 2004 soll dem EU-Agrarministerrat der Aktionsplan zur Entscheidung vorgelegt werden.

(mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Hähnchenproduktion belastet Boden und Wasser

Bundesforschungsanstalt untersuchte Umwelteinflüsse der Broilermast

Bei der intensiven Stallhaltung und der Bodenhaltung von Hähnchen ist die Bodenbelastung mit Stickstoff und Phosphor höher als bei der Auslaufhaltung im Öko-betrieb. Das ist das Ergebnis einer Studie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL). 115 Gramm Kot pro Tag und Tier ergäben mehr als 2 Millionen Tonnen pro Jahr. Diese Ausscheidungen schlugen mit 33.000 t Stickstoff und 7.000 t Phosphor auf der Umweltseite zu Buche.

Bei der intensiven Stallhaltung erreichen die Vögel schon nach rund 6 Wochen ihr Endgewicht von 1,8 kg und haben laut Studie etwa 5 kg Kot produziert. Dieser fällt konzentriert im Stall an. Bei der konventionellen Auslaufhaltung fällt noch mehr Mist an, weil die Vögel etwa zwei Wochen länger leben. Die Tiere halten sich meist in Stallnähe auf, so dass es hier zu punktuellen Anreicherungen an Stickstoff und Phosphor und möglichen Belastung von Grund- und Oberflächengewässern kommt.

Ein Öko-Hähnchen lebt oft bis zu 22 Wochen. Das höhere Mastendgewicht von 2,8 kg hat auch seinen ökologischen Preis: 16 kg Kot fallen im Schnitt pro Tier an, diese sind laut Studie aber infolge der kleineren und nach jedem Mastdurchgang umsetzbaren Einheiten gleichmäßiger über die Fläche verteilt und können damit der Speicherfähigkeit des Bodens und dem Bedarf der Pflanzen besser angepasst werden. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Bundesallee 50, 38116 Braunschweig
Tel. 0531 / 5962101
eMail: pb@fal.de
www.fal.de

Kampagne für freie Aussaat von Erntegut

Aktion gegen Kontrolle der Nahrung durch Saatgutkonzerne

Ende März hat die "Kampagne gegen Biopiraterie" eine Aktion gegen die Beschränkung der Rechte von Bauern gestartet. Die freie Aussaat von Erntegut ist in Deutschland praktisch verboten, denn die Pflanzenzüchter verlangen so genannte Nachbaugebühren für selbst gezeigtes Saatgut.

Den Landwirten würden ihre traditionellen Rechte wie Tausch oder Wiederaussaat von Erntegut durch Politik und Wirtschaft genommen, kritisieren die Initiatoren der Kampagne. Patente, Gentechnik und Ökonomisierung des Sortenschutzes seien weltweit eine Gefahr für die Ernährung.

Die Initiative will 2500 Menschen dazu bewegen, Nachbasaatgut auszusäen - auf dem Balkon, im Garten oder im Stadtpark. Genauso viele Bauern und Bäuerinnen wurden bereits verklagt. Ziel der Kampagne ist die freie Aussaat weltweit.

Anlass der Initiative ist der Prozessauftakt gegen einen hessischen Bauern am Oberlandesgericht in Frankfurt am Main Ende März. Der Landwirt hatte letztes Jahr mit seiner Klage gegen die pauschale Auskunftspflicht Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Der EuGH wies das Oberlandesgericht Frankfurt an, das Verfahren neu aufzunehmen.

Aus Sicht der Kampagne gegen Biopiraterie geht es dabei um das Selbstbestimmungsrecht der Landwirte. Deutschland sei internationaler Vorreiter bei der Verschärfung des Sortenschutzes. Wenn die Saatgutkonzerne hierzulande nicht gestoppt werden könnten, würden sie bald weltweit die Nahrung kontrollieren. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

Bundeskoordination Entwicklungspolitik (BUKO), Kampagne gegen Biopiraterie, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 392526
eMail: info@biopiraterie.de
www.biopiraterie.de

Einkommen der Landwirte dramatisch gesunken

Öko-Höfe konnten sich aber weitgehend halten

Nach dem im Februar 2004 veröffentlichten Agrarbericht sind die Einkommen von konventionellen Landwirten im Durchschnitt um etwa 20 Prozent eingebrochen. Die Einkommen von Bio-Landwirten sanken dagegen nur um durchschnittlich 0,6 Prozent.

Der vollständige "Ernährungs- und agrarpolitische Bericht 2004" der Bundesregierung (200 Seiten) ist im Internet abrufbar oder beim Bundesverbraucherministerium erhältlich. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 14 02 70, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
Agrarbericht 2004: Internet-Download: www.nutriinfo.de/artikel.php?aid=1875

Kein Ackerbau jenseits der Deiche

Überschwemmungsgebiete sollen Grünland werden

Wie bereits NABU, Grüne Liga, WWF und andere Umweltorganisationen, hat sich auch der BUND Rheinland-Pfalz gegen die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten ausgesprochen. Der Ackerbau habe auf der Wasserseite der Deiche nichts verloren, hieß es. Dies gelte nicht nur, weil die Landwirte hier ständig um die Sicherheit ihrer Erträge bangen müssen, sondern vor allem wegen des hohen Risikos von Bodenauswaschungen.

Nach Untersuchungen von Ökotoxikologen werden aus diesen Böden ständig Düngemittel und Pestizide in das (oberflächennahe) Grundwasser ausgetragen. Bei Überflutungen werden dieselben Schadstoffe auch in das Flusswasser gespült und tragen zur Schädigung der Meeresökosysteme bei. Besonders problematisch ist der mit hohem Pestizideinsatz verbundene Maisanbau in Überschwemmungsgebieten. Nach Angaben von Umweltschützern verlieren bei jedem Hochwasser Zehntausende Fische das Leben.

Von Seiten vieler Politiker und Landwirtschaftsvertreter werde Irreführung betrieben, indem das Verbot jeglicher landwirtschaftlicher Nutzung heraufbeschworen werde, kritisierte der BUND. Der aktuelle Entwurf des Hochwasserschutzgesetzes sehe aus Erosionsschutzgründen bis Ende 2012 lediglich die Einschränkung des Ackerbaus vor. Ausnahmeregelungen erlaubten sogar einen bodenschonenden Ackerbau. Die Nutzung als Wiesen biete sich geradezu an. In vielen Flussuferprojekten in Deutschland wurde bereits erfolgreich die Ackernutzung in Grünlandnutzung umgestellt. (mbu) ■

● **Kontakt/Informationen**

BUND Rheinland-Pfalz, Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
eMail: info@bund-rlp.de
www.bund-rlp.de

"Kein schmutziges Gold"

Kampagne für saubere Alternativen beim Goldabbau

Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben eine Kampagne "No Dirty Gold" für einen umwelt- und sozial gerechten Goldabbau gestartet. Die Kampagne appelliert an die Verbraucher/innen die Goldindustrie aufzurütteln. Auf der Internetseite www.nodirtygold.org kann ein Aufruf an Hersteller und Händler von Schmuck, Elektronikgeräten und anderen goldhaltigen Produkten unterstützt werden. Diese werden aufgefordert, eine saubere Alternative zum aktuellen Abbaufahren anzubieten, bei dem nach NGO-Informationen umweltzerstörende Technologien angewandt werden.

In heutigen Minen wird Gold im Tagebau mit Hilfe von Zyanid gewonnen. Die Folgen sind Vertreibungen, Landschaftszerstörung und Wasserverschmutzung. Weltweit werden etwa 80 Prozent des Goldes für die Schmuckproduktion verwendet. Vielen Kund/innen sind die Folgen des Goldabbaus jedoch nicht bekannt.

Träger der Initiative sind die Organisationen Earthworks (früher Mineral Policy Center) und Oxfam America. Allein in Ghana sind in den 90er Jahren rund 30.000 Menschen mit Gewalt durch Goldminen vertrieben worden.

Goldrecycling schützt Umwelt und Menschenrechte

Die Menschenrechtsorganisation FIAN unterstützt die Kampagne. FIAN Deutschland hat in den letzten Jahren zusammen mit dem Zentralverband der Deutschen Goldschmiede für einen bewussten Umgang mit Gold und eine stärkere Wiedergewinnung von Gold geworben. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk), Ulrich Müller, Overwegstr. 31, 44625 Herne
Tel. 02323-9192663, Fax -490018
eMail: fian@fian.de
www.fian.de

Holz-Etikettenschwindel: Baumärkte lenken ein

Russische Fichte aus Raubbau war als nachhaltig und einheimisch deklariert

Sieben deutsche Baumärkte haben im März falsch bezeichnete Holzprodukte aus russischem Urwaldabbau aus den Regalen genommen. Damit reagierte der Handel auf den in den vergangenen Wochen von Greenpeace aufgedeckten Missbrauch von Holz-Siegeln. Ein Sägewerk in Franken hatte billiges Fichtenholz aus russischem Raubbau mit dem Logo des deutschen Holzabsatzfonds, "Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft - Gewachsen in Deutschlands Wäldern", etikettiert und den Baumärkten verkauft.

Das Unternehmen hat die Ware inzwischen zurück genommen und will künftig kein Holz aus russischer Urwaldzerstörung mehr beziehen. Auch die mit dem Öko-Schein-Siegel "PEFC" der Holzindustrie angebotenen Fichtenbretter aus russischen Urwäldern sollen nach Aussagen der Baumarktkette Marktkauf nicht mehr angeboten werden. Die Umweltschützer zeigten sich erfreut über die positive Entwicklung. Trotz dieser ersten Schritte der Holzbranche sei aber noch viel zu tun, um die letzten Urwälder langfristig zu sichern. Noch immer gebe es in Baumärkten Holz aus Urwaldregionen - ohne "Schwindelzertifikat".

Greenpeace forderte Baumärkte und Zulieferer auf, nur noch mit Holz aus ökologischer Waldbewirtschaftung zu handeln. Allein das Siegel des FSC (Forest Stewardship Council) garantiere, dass das Holz aus einer sozial und ökologisch nachhaltigen Waldnutzung stamme und unabhängig kontrolliert werde. Die Bundesregierung solle ein gesetzliches Verbot von Holzimporten aus Urwaldzerstörung erlassen. Verbraucherschutzministerin Renate Künast kündigte rechtliche Schritte gegen den Missbrauch des Holzabsatzfonds-Zeichens an. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Greenpeace, Waldexperte Martin Kaiser, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 0171 / 8780817
Tel. 040 / 30618-340, Fax -100
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de
www.greenpeace.de/urwald

Lesenswert

Die Zukunft der Flächenstilllegung im Rahmen der EU-Agrarpolitik

Die Fachtagung unter diesem Titel sollte dazu beitragen, das Potenzial der Flächenstilllegung künftig auch für die wildlebenden Tiere und Pflanzen in der Agrarlandschaft zu nutzen. Die Tagung war Teil des Projekts "Lebensraum Brache", in dem sich Vertreter aus Naturschutz, Jagd und ländlicher Entwicklung für eine wildtiergerechte Gestaltung der Flächenstilllegung engagieren. Federführend ist die Deutsche Wildtierstiftung. Der Tagungsband enthält zahlreiche Berichte über die agrarpolitischen Rahmenbedingungen, aber auch Praxisbeispiele sowie politische und wissenschaftliche Texte. (mbu)

Deutsche Wildtierstiftung (Hg.): Die Zukunft der Flächenstilllegung im Rahmen der EU-Agrarpolitik, Hamburg 2003, 170 S., 14,90 Euro; Bezug: Deutsche Wildtierstiftung, Fax 040 / 73330278, www.Lebensraum-Brache.de

VI-Themenspecial Bio-Landbau

Über die Vorzüge der ökologischen Landwirtschaft für Verbraucher/innen informiert die Verbraucher Initiative im Internet. Biolandbau ist danach mehr als nur der Verzicht auf einige Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Nicht umsonst werde ökologische Landwirtschaft wegen ihrer Vorteile für die Umwelt gefördert. Mit diesem Themenspecial informiert die Initiative darüber, wie sich Öko- und konventionelle Landwirtschaft voneinander unterscheiden, welche Besonderheiten ökologische Lebensmittel haben und wie Bio-Landbau in Deutschland eigentlich funktioniert. Neben Hintergrundinformationen über Erzeugung und Rohstoffe sowie deren Verarbeitung gibt es einen Serviceteil, der unter anderem den Kennzeichnungsdschungel zu lichten versucht und Einkaufsorte bekannt gibt. (mbu)

Themenspecial Bio-Landbau im Internet: www.oeko-fair.de



Gläserner Pflanzenschutz

Die Broschüre des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN) informiert über die Ergebnisse des Projekts "Gläserner Pflanzenschutz". Dabei ging es um die flächendeckende Erfassung von Pestizidanwendungsdaten in Deutschland. Nach Angaben von PAN Germany werden in Deutschland pro Jahr etwa 30.000 Tonnen Pestizide ausgebracht, deren Rückstände in der Nahrung und der Umwelt enden. Um den Ursachen für die Kontamination auf den Grund zu gehen und sie an der Quelle zu vermeiden, untersuchte das PAN-Projekt, welche Pestizide in welchen Mengen an welchen Orten eingesetzt werden. (mbu)

PAN Germany (Hg.): Gläserner Pflanzenschutz - zum Schutz von Umwelt und Gesundheit, Hamburg 2004. Bezug: PAN Germany, Fax 040 / 3907520, eMail: info@pan-germany.org

Das Anti-Krebs-Kochbuch

Das Buch bietet einen theoretischen und praktischen Einstieg in eine gesunde Ernährung. Es informiert zunächst über den Einfluss der Ernährung auf das Immunsystem sowie Krebs auslösende Faktoren und deren Vermeidung. Kritik an mangelnden staatlichen Vorsorgemaßnahmen findet sich ebenso wie Aufklärung über die verschiedenen Ökolabels. Nach einer Vielzahl teils bebildeter Rezepte wird das Kochbuch durch Beschreibungen von Küchentechniken und -ausrüstung abgerundet. Trotz manch fachspezifisch anmutender Passage ist das Werk auch für Laien verständlich. Wer sich an dem teils pädagogischen Stil nicht stört, dem bietet das Anti-Krebs-Kochbuch viele Anregungen und eine Bereicherung bei der persönlichen Ernährung. (ab, mb)

Andrea Flemmer: Das Anti-Krebs-Kochbuch, 176 Seiten, 19,95 Euro, Verlag J. Neumann-Neudamm, München 2003, ISBN 3-7888-0792-X



Das BSE-Spiel

Die Sonderausgabe der Zeitschrift "Kritische Ökologie" widmet sich einem Plan- und Rollenspiel rund um das Thema BSE. Die Ausgangssituation für die Spielteilnehmer: Eine Kuh stirbt plötzlich an einer unbekanntem Krankheit, von der angenommen werden muss, dass sie auch auf Menschen übertragbar ist. Vor Reisen in die Gemeinde wird gewarnt. Dort findet sich eine alte Agenda-21-Gruppe wieder zusammen und entwickelt ein Konzept zur nachhaltigen Entwicklung der Kulturlandschaft. Das Lehr- und Lernmaterial eignet sich für Seminare über Ernährungsfragen, Heimatkunde und Geografie und kann auch in der Schule bei Projekttagen eingesetzt werden. (mbu)

Kritische Ökologie - Das Spiel; Hrsg./Bezug: ifak, Fax 0551 / 487143, eMail: redaktion@kritische-oekologie.de, Internet-Download: www.ifak-goettingen.de



Funkanlagen und Sendestandorte im Internet

EMF-Datenbank bringt mehr Transparenz

Die neue EMF-Datenbank der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP) ermöglicht es Internet-Nutzern seit März sich über Standorte von Sendeanlagen direkt zu informieren. ●

Auch Sicherheitsabstände und Feldstärken können abgefragt werden. Damit will die Behörde zu mehr Transparenz bei der Diskussion um Sende- und Funkanlagen beitragen.

Neben Funkanlagen, die zum Betrieb eine Standortbescheinigung benötigen, sind Messpunkte aufgeführt, an denen die elektromagnetische Feldstärke (EMF) gemessen wird. Hier wird überprüft, ob und in welchem Maß die Grenzwerte zum Schutz von Personen in elektromagnetischen Feldern eingehalten werden. Die Messorte wurden von der Reg TP und von den Umweltministerien der Länder ausgewählt und leisten einen Beitrag zum EMF-Monitoring der elektromagnetischen Felder in Deutschland.

Damit auch Bürger/innen ohne detaillierte Fachkenntnis eine verständliche Informationsquelle vorfinden, sind die Inhalte der EMF-Datenbank visuell aufbereitet worden. Man kann durch Eingabe einer Postleitzahl und Auswahl eines Straßennamens den zugehörigen Kartenausschnitt aufrufen. Wenn in diesem Bereich standortbescheinigungspflichtige Funkanlagen vorhanden sind oder eine EMF-Messung durchgeführt wurde, sind die eingetragenen Orte durch farbige Dreiecke bzw. Punkte dargestellt. "Aus datenschutzrechtlichen Gründen" werden für Standorte von bescheinigungspflichtigen Funkanlagen jedoch keine Standortadressen angegeben. Verschiedene Suchfunktionen ergänzen das Angebot. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP), Tulpenfeld 4, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 14-9921, Fax -8975
www.regtp.de

EMF-Datenbank im Internet:
<http://emf.regtp.de>

Mobilfunk-Sendemasten: Konflikte wurden entschärft

Studie: Bürger erfahren oft zu spät von geplanter Sendemast-Aufstellung

Die Diskussion über Sendemasten für den Mobilfunk hat sich entschärft. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und der Umweltinitiative der Wirtschaft B.A.U.M. Die Gutachter überprüften die freiwillige Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber. Diese hatten vor gut zwei Jahren zugesagt, Kommunen und Bürger an der Aufstellung der Sendemasten zu beteiligen. Bis dahin waren die Masten, für deren Aufbau keine Genehmigung nötig ist, oft gegen den Widerstand von Anwohnern errichtet worden.

Laut Studie gibt es inzwischen eine "hohe Kooperationsbereitschaft" zwischen Mobilfunkern und Kommunen. Kritisiert wurde, dass die Anwohner oft viel zu spät von den Sendemasten erfahren. Das Gefühl nicht ernst genommen zu werden führe viel häufiger zu Konflikten als Angst vor Strahlen. Vor allem in kleinen Gemeinden und in den neuen Bundesländern werde die Aufstellung oft verschwiegen und damit Unmut ausgelöst.

Blauer Engel für Handys boykottiert

Die Gutachter appellierten an die Kommunen, die Bürger besser zu informieren. Sie forderten auch eine bessere Aufklärung über die Strahlung der Handys. Zwar stellen die Hersteller inzwischen Informationen über Strahlenwerte zur Verfügung. Verkäufer seien aber meist nicht in der Lage, dies den Kunden zu erklären. Umweltminister Jürgen Trittin kritisierte, dass die Hersteller den Blauen Engel für strahlungsarme Geräte noch immer boykottierten, obwohl ein Drittel aller Handys die Kriterien erfülle. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu),
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel. 030 / 39001-0, Fax -100
eMail: difu@difu.de
www.difu.de

Elektrogeräte sollen ab 2005 kostenlos recycelt werden

Experten rechnen mit niedriger Wiederverwertungsquote

Ab August 2005 sollen alle Elektrogeräte umsonst zurückgegeben werden können. Die Abfallmenge und die Giftigkeit von Elektro- und Elektronikgeräten sollen deutlich vermindert werden. Das sind die Ziele des kommenden "Elektro- und Elektronikgerätegesetzes" (ElektroG). Das Bundesumweltministerium hat im März einen Entwurf dafür vorgelegt.

Verbraucher können danach ihre Altgeräte gratis bei ihrem kommunalen Entsorger abgeben. Bisher müssen häufig Gebühren gezahlt werden. Bei der Produktion von Neugeräten sollen gefährliche Stoffe wie Blei (ab 2006) und bestimmte Bromverbindungen zum Flammenschutz von vornherein verboten werden, da sie bei der Müllverbrennung Gifte freisetzen und das Recycling erschweren. Das Gesetz soll schon im August verabschiedet sein, obwohl die Länder zustimmen müssen. Der Termindruck liegt in den Elektroschrott-Richtlinien der EU begründet, die bis spätestens 2005 umgesetzt sein sollen. Die Industrie hat das Arbeitspapier als "ersten konkreten Schritt" begrüßt.

90 Prozent der alten Elektrogeräte landen im Hausmüll

Nach Angaben des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) betragen die Kosten der künftigen Rücknahmesysteme für die Industrie zwischen 350 und 500 Millionen Euro jährlich. In Deutschland werden etwa 2 Millionen Tonnen Elektrogeräte pro Jahr verkauft, vom Handy über den PC bis zu Toastern und Waschmaschinen. An alten Elektronikgeräten wie Computern fallen jährlich etwa 250.000 Tonnen an. Davon landen mehr als 90 Prozent im Hausmüll. (mbu) ■

● Elektrogeräte sollen künftig recycelt werden

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-0, Fax -2299
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Aus für Thermoselect-Müllverbrennungsanlage

EnBW gibt Karlsruhe auf: Technik war für Betreiber nicht rentabel

Die Thermoselectanlage in Karlsruhe wird nach einer Entscheidung des Energiekonzerns EnBW stillgelegt. Der Betreiber wollte mit der Anlage Energie aus Abfällen gewinnen. Nach Angaben einer Karlsruhe Bürgerinitiative schaffte der Müllöfen es aber nie, unsortierten Restmüll emissionsfrei in Energie und ein wiederverwertbares Granulat zu verwandeln. Seit der Inbetriebnahme 1999 musste immer wieder in den Umbau und die Funktionstüchtigkeit von Thermoselect investiert werden. Die Stadt Karlsruhe will nun die thermische Behandlung der Abfälle europaweit aus-schreiben. (mbu)

• Kontakt/Informationen

Stadt Karlsruhe
eMail: medienbuero@karlsruhe.de

Studie: Behandelten Giftmüll besser unter Tage deponieren

Verwendung im Straßenbau oder auf Hausmülldeponien ist gefährlich

Eine neue Studie des Öko-Instituts hat die Verwertung gefährlicher Abfälle im Straßenbau und auf Hausmülldeponien untersucht. Dabei verglichen die Wissenschaftler die Verwertung behandelter Abfälle über Tage mit dem Versatz unter Tage. Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung: Aus ökologischer Sicht ist es besser, die Abfälle als Versatz in Salzlagerstätten unter Tage zu bringen. Auftraggeber des Darmstädter Instituts waren fünf Betreiber von Versatzbergwerken.

Nach Angaben des Instituts suchen Geschäftsleute immer wieder nach Wegen, die umweltgerechte, aber teure Entsorgung von giftigen Abfällen zu umgehen. So geschieht es häufig, dass sie die Abfälle behandeln und dann auf dafür ungeeigneten Deponien oder im Landschafts- oder Straßenbau "verwerten". Wer behandelte Abfälle als Baustoff auf Hausmülldeponien verwendet oder im Landschafts- und Straßenbau einsetzt, gehe jedoch ein großes ökologisches Risiko ein, warnte ein Abfall-Experte aus dem Öko-Institut. Nach seinen Worten besteht die Gefahr, dass langfristig Schadstoffe in Boden und Grundwasser eindringen.

Die Frage nach einer umweltgerechten Entsorgung gefährlicher mineralischer Abfälle erhält zunehmend Bedeutung, da ab 2005 keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr auf Hausmülldeponien abgelagert werden dürfen. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Öko-Institut, Elisabethenstraße 55-57,
64283 Darmstadt
Tel. 06151 / 8191-0, Fax -33
www.oeko.de

Feinstaub: "Umwelt-Lexikon des Schreckens" erschienen

Auswirkungen von Luftschadstoffen auf die Gesundheit untersucht

Der Bundesverband "Das Bessere Müllkonzept" hat einen allgemein verständlichen Report zu den Auswirkungen von Luftschadstoffen vorgelegt. In dem Bericht werden u.a. die aktuellen Ergebnisse von Langzeitstudien der WHO vorgestellt. Der gemeinsam mit Lungenfachärzten und Toxikologen erstellte Sachbericht betrachtet außerdem die lufthygienischen Auswirkungen so genannter lungengängiger Schadstoffe über die steigende Anzahl von Atemwegserkrankungen.

Tödliche Feinstäube werden in Deutschland erst langsam zum Thema

In Deutschland noch weitestgehend unerforscht, wird Feinstaub alltäglich vom Straßenverkehr bis hin zu Industrieschadstoffen über Verbrennungsprozesse in die Atemluft freigesetzt. Die Anzahl der durch Feinstäube verursachten Todesfälle in der Schweiz, Österreich und Frankreich wird auf insgesamt rund 44.000 pro Jahr beziffert. Nach vorsichtigen Schätzungen belaufen sich die Neuerkrankungen auf mehr als eine halbe Million pro Jahr. Da in der Bundesrepublik weder derartige umweltbezogene Daten noch die Todesfälle (über Langzeitstudien per Monitoring) erhoben werden, gehen Experten davon aus, dass die Anzahl der Krebstoten durch Feinstaub mindestens ebenso hoch ist.

Das Umweltbundesamt kritisiert seit längerem den "mangelhaften Stand" der Daten über Umweltgifte in Deutschland. Das Bundesumweltministerium erklärte vor kurzem, die emittierten Feinstäube von Dieselfahrzeugen führten zu rund 30.000 Todesfällen pro Jahr. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Das Bessere Müllkonzept e.V., Bundesverband, Hansdorfer Weg 10,
22962 Siek
Tel. 04107 / 7473
eMail: muellkonzept-sh@t-online.de

Gesamte Studie als Internet-Download (PDF-Datei, 370 kB)
www.oneworld.de/imedia/archiv/9526/todvomallerfeinsten.pdf

Lesenswert

Machen Handys und ihre Sender krank?

Klar gegliedert, überschaubar und leicht verständlich werden in diesem Handbuch Fakten zur Technologie, zu gesundheitlichen Folgewirkungen und zur Grenzwertproblematik beim Mobilfunk präsentiert. Die Autorin zeigt außerdem Möglichkeiten auf sich vor der Strahlung zu schützen. Fallbeispiele und Comiczeichnungen vergrößern die Anschaulichkeit und ermöglichen ein leichteres Verstehen der komplexen Thematik. Im Anhang finden sich Kontaktadressen von Verbänden, Rechtsanwälten, Baubiologen und Referenten. Abgerundet wird das Handbuch durch eine Übersicht weiterer Informationsmaterialien und -quellen. (ab)

Mara Marken: Machen Handys und Ihre Sender krank?, 272 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 3-00-010930-7



Rechtlicher Rahmen für Handel mit Emissionsrechten

Pro Jahr soll jedes zehnte Unternehmen überprüft werden

Der Umweltausschuss des Bundestages hat mit dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz der Koalition (15/2328) den rechtlichen Rahmen für den Beginn des Handels mit Emissionszertifikaten zum 1. Januar nächsten Jahres beschlossen.

Ein Regierungsvertreter rief den Bundesrat auf, eine entsprechende Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, die die Voraussetzung für den Emissionshandel sei, nicht länger zu blockieren. Vorschläge der Opposition, die Organisation des Emissionshandels den Bundesländern zu überlassen, lehnte die Exekutive mit Hinweis auf den Zeitdruck bis zum europaweiten Beginn des Emissionshandels ab. Die Regierung habe vor, die einzurichtende Emissionshandelsstelle mit 39 Arbeitskräften zu betreiben. Die Finanzierung sei durch Gebühren gedeckt. Geplant sei, pro Jahr etwa zehn Prozent der Industrieanlagen und Unternehmen, die am Emissionshandel teilnehmen, zu überprüfen. Außerdem müsse klargestellt werden, wie hoch der Zeitaufwand für die Teilnahme am Emissionshandel für die einzelnen Betriebe werden wird.

Die FDP forderte die Bundesregierung auf, die Organisation für den Emissionshandel den Bundesländern zu überlassen. Diese verfügten über genauere Kenntnisse der Anlagen und könnten somit Synergieeffekte herstellen. Nach Auffassung der Liberalen ist eine effektive fachliche Überprüfung der Anlagenbetreiber mit den anvisierten 39 Mitarbeitern nicht machbar. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium (BMU),
Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
eMail: presse@bmu.bund.de
www.bmu.de

Clement blockiert wirksamen Emissionshandel

Nationaler Allokationsplan stark umstritten, Stromkonzerne mauern

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat die Einigung zum Emissionshandel überraschend blockiert. Weder das Minderungsziel für die Industrie noch die Regeln, nach denen neue Investoren am Emissionshandel teilnehmen können, fanden seine Zustimmung. Vor allem SPD-Politiker aus Nordrhein-Westfalen betrachteten den Emissionshandel als industrieschädigend.

Regine Günther, Klimaschutzexpertin beim WWF: "Ginge es nach Clement, würde sich die Bundesrepublik vom Klimaschutz verabschieden." Nach Ansicht der WWF-Expertin geht vom deutschen Allokationsplan eine wichtige Signalwirkung für die Ausgestaltung des Emissionshandels in der gesamten EU aus. Sollte sich Deutschland beim Klimaschutz keine ehrgeizigen Ziele setzen und keine Anreize für Investitionen in klimafreundliche Energiegewinnung schaffen, würde dies den bisherigen Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel einen herben Rückschlag zufügen.

Clement hatte zentrale Ergebnisse der Verhandlungen zwischen seinem Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch und Rainer Baake, Staatssekretär im Umweltministerium, abgelehnt und auf diese Weise eine Einigung blockiert. Damit würde der Bundesrepublik eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof drohen.

Bundeskanzler Schröder an Johannesburg-Versprechen erinnert

Mit einer eMail-Aktion erinnerten Greenpeace und der WWF Bundeskanzler Schröder an sein Versprechen auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg. Damals hatte Schröder gesagt: "Der Klimawandel ist keine skeptische Prognose mehr - sondern bittere Realität. Diese Herausforderung verlangt ein entschiedenes Handeln." Die Umweltverbände verlangten von Schröder, dass der Emissionshandel in Deutschland ohne Abstriche und zielstrebig umgesetzt wird. ▶

Einigung in letzter Minute zu Lasten des Klimaschutzes

Nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die Minister am 30. März bei einem Treffen mit Bundeskanzler Schröder und Vizekanzler Fischer doch noch eine Einigung erreicht haben, die aber deutlich zu Lasten des Klimaschutzes geht. Umweltverbände und auch Grüne zeigten sich sehr enttäuscht. Die rot-grüne Koalition stand jedoch nicht in Frage. Damit das deutsche Klimaziel aus dem Kioto-Protokoll dennoch eingehalten werden kann, müssten nun die CO₂-Emissionen in den Bereichen Haushalte und Verkehr noch stärker reduziert werden, erklärten Klimaexperten.

Kohleland NRW: SPD, Industrie und Gewerkschaften gegen Klimaschutz

Am Vortag hatten DNR, NABU, BUND, Grüne Liga und Robin Wood mit einer Demonstration vor dem Bundeswirtschaftsministerium versucht, Clement noch zum Einlenken zu bewegen. Auf von der Energiewirtschaft und der Gewerkschaft IG BCE organisierten Großdemonstrationen in Nordrhein-Westfalen hieß es gleichzeitig, der Emissionshandel gefährde tausende Arbeitsplätze. (ab, mb) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Klima-Referent Jan Kowalzig,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: jan.kowalzig@bund.net
www.bund.net

WWF, Klima- und Energiereferentin
Regine Günther, Rebstocker Str. 55,
60326 Frankfurt a.M.
Tel. 069 / -791440, Fax -617221
eMail: rguenther@wwf.de
www.wwf.de

Grüne Energiepolitik unter Beschuss

Clements Wissenschaftsbeirat: EEG durch Emissionshandel überflüssig

Der Naturschutzbund NABU hat kritische Aussagen des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums zu Emissionshandel und Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als unzutreffend zurückgewiesen. Auf besonderen Widerspruch stieß die Aussage, der Emissionshandel mache das EEG überflüssig. Richtig sei vielmehr, dass sich die beiden klimapolitischen Instrumente bestens ergänzten. Letztlich helfe der das EEG der Industrie dabei, ihre Emissionsminderungsziele zu erreichen.

NABU: Ohne Klimaschutz nimmt Volkswirtschaft massiven Schaden

Völlig überholt ist nach Auffassung des NABU auch der Hinweis auf die volkswirtschaftlichen Kosten der Erneuerbaren Energien. "Dieser Hinweis kommt meist von der Seite, die sich über Jahrzehnte an Milliardensubventionen für die Energieträger Kohle und Atom bereichert hat", so NABU-Präsident Olaf Tschimpke. "Wenn wir jetzt nicht massiv auf Klimaschutz setzen, werden wir es in den kommenden Jahrzehnten mit Schäden zu tun bekommen, die unsere Volkswirtschaft nicht mehr verkraften kann. Die Flut 2002 war nur ein erster Vorgeschmack."

Ausbau von Wind- und Wasserkraft soll naturverträglich erfolgen

Der NABU, der für einen naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien eintritt, begrüßte entsprechende Regelungen zur Offshore-Windenergie und zur Wasserkraft im EEG-Entwurf. So soll Strom von Offshore-Windparks in Meeresschutzgebieten zukünftig nicht mehr vergütet werden. "Mit dieser Regelung können anfängliche Differenzen über den Ausbau der Offshore-Windenergie überwunden werden", sagte Tschimpke. Er plädierte ausdrücklich dafür, die im Entwurf enthaltenen Restriktionen bei der Förderung kleiner Wasserkraftanlagen beizubehalten. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Klimaschutzexperte Frank Musiol, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-164, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Pentagon lässt Szenarien für Klimakriege entwerfen

Umweltforscher Prof. Radermacher fordert Weltvertrag für Nachhaltigkeit

"Die Menschheit befindet sich auf einem gefährlichen Weg: Bis an die Grenze belastete Ökosysteme, extreme Machtungleichgewichte, immer größere Unterschiede zwischen Arm und Reich, ein rasantes Wachstum der Weltbevölkerung, Hass und Terror." So kommentierte Prof. Dr. Franz Josef Radermacher, Mitgründer der Initiative "Global Marshall Plan" und Mitglied des Club of Rome, die im März in die Öffentlichkeit gelangten Szenarien des US-Verteidigungsministeriums. Die vom Pentagon in Auftrag gegebenen geheimen Klima-Studien sagen bereits für die nächsten Jahrzehnte Umweltkatastrophen in verschiedenen Teilen der Welt voraus.

Die Studien ließen befürchten, so Radermacher, dass sich die USA angesichts von Flutkatastrophen, Hungersnöte und Kriege um die Ressourcen als Festung einmauern werden, um die Flut der Notleidenden abzuwehren. Die USA sind nicht dem Kioto-Vertrag beigetreten und planen eine erhebliche Ausweitung ihres Öl- und Gasverbrauchs bis zum Jahr 2020. Radermacher hat die jetzt vom Pentagon diskutierten Szenarien bereits in seiner Veröffentlichung "Balance der Zerstörung - ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung" beschrieben.

Ökosoziale Marktwirtschaft als Voraussetzung für Nachhaltigkeit

Eine mit Nachhaltigkeit verträgliche Zukunft habe nur dann eine Chance, wenn man rasch umsteuere und das Prinzip einer Ökosozialen Marktwirtschaft verfolge, warnt Radermacher. Es ersetze Freihandel und Marktfundamentalismus durch eine adäquate Ordnung der ökonomisch-gesellschaftlichen Prozesse, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind und auf Konsensprinzipien beruhen. Im Zentrum stehe dabei ein "Weltvertrag, d.h. eine Co-Finanzierung von Entwicklung durch die reiche Welt gegen die Bereitschaft ärmerer Länder, Standards im Umwelt- und Sozialbereich zu akzeptieren", so Radermacher. Diese Formel sei "das Geheimnis hinter den derzeit stattfindenden EU-Erweiterungsprozessen". (ab) ■ ●

• Kontakt/Informationen

Prof. Dr. Franz Josef Radermacher, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW), Helmholtzstr. 16, 89081 Ulm
Tel. 0731 / 501-0, Fax -999
eMail: info@faw.uni-ulm.de
www.faw.uni-ulm.de

Pentagon-Studie:
www.stopesso.com/campaign/
Pentagon.doc

Paradigmenwechsel in der Baufinanzierungspolitik

Statt Eigenheimbau wird Aufwertung der Altbestände vom Bund gefördert

In den kommenden Jahren steht die Renovierung von fast 50% des baulichen Bestandes der Bundesrepublik an, wenn man den Zahlen der Bundesministeriums für Bauen, Wohnen und Verkehr (BMVBW) Glauben schenkt. Dieser Bestand aus Nachkriegsneubauten und renovierten Altbauten zeichnet sich durch schlechte Wärmeisolation und veraltete Heizsysteme aus. Daraus resultiert ein hoher Energieverbrauch und ein vermehrter Ausstoß des Klimagases CO₂. Bei einer ohnehin anstehenden Renovierung könnte doch gleich auf Energieeinsparung und moderne Heizsysteme geachtet werden, und etwas für das Klima - und letzten Endes den eigenen Geldbeutel getan werden. Denn Energiesparen heißt auch Geld sparen. So oder ähnlich dachte es sich wohl auch die Bundesregierung, als sie ihre "Initiative für die Wohnwertförderung" konzipierte.

Bund steuert um - für besseres Klima

Im Rahmen der Bautech-Fachmesse in Berlin Februar präsentierte das BMVBW zusammen mit der halbstaatlichen Bank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der noch jungen "Deutschen Energie Agentur" (Dena) eine ganze Reihe von Finanzierungs- und Förderungsprojekten, im Bereich der Sanierung oder Modernisierung von Altbeständen. Die Förderprogramme richten sich sowohl an Privateigentümer einzelner Wohnungen als auch an mittelständische Betriebe oder die Verwaltung der Liegenschaften des Bundes. Neben der effizienteren Energiebilanz werden aber auch allgemein Maßnahmen zur Erweiterung und dem Umbau von Wohnungen finanziert. Durch den positiven Effekt auf den Energieverbrauch hofft die Bundesregierung auch den Verpflichtungen zur Reduktion des Ausstoßes an CO₂ im Rahmen des Kioto-Protokolls¹ nachzukommen.

1 Das Kioto-Protokoll ist ein internationales Rahmenabkommen. Die teilnehmenden Länder verpflichten sich, innerhalb fester Ziele Anstrengungen zur Reduktion von so genannten Treibhausgasen zu unternehmen, um die weitere Erwärmung der Erdatmosphäre zu verlangsamen und eine Klimakatastrophe zu verhindern.

EU-Recht und die Umsetzung der Energieeinsparverordnung

Seit Februar 2002 gilt die Energieeinsparverordnung (EnEV) mit verschiedenen Verpflichtungen, z.B. müssen veraltete Heizungen bis Ende 2006 ausgetauscht werden. Die Förderprogramme dienen dazu, diese Verpflichtungen auch tatsächlich umzusetzen. Dies ist wiederum eine vorausgreifende Umsetzung einer Regelung auf europäischer Ebene - der "EU-Gebäuderichtlinie"². Diese Richtlinie sieht eine Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, als Auftrag an die Mitgliedsstaaten vor.

Verringerung des Flächenverbrauchs - Förderung kleiner Unternehmen

Das neue Programm stellt einen Paradigmenwechsel in der Bauförderungspolitik des Bundes dar. Bisher war Bauen vor allem in Form von Eigenheimen gefördert worden. Die neue "Wohnwertförderung" legt den Schwerpunkt in die Erweiterung und Aufwertung von Altbeständen. Somit könnte sich das Programm positiv auf den Flächenverbrauch auswirken, weil sich mehr Menschen entscheiden, alte Gebäude zu sanieren - anstatt neu zu bauen. Damit würde die Bundesregierung auch ihrem in der "Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie"³ formulierten Ziel, den Flächenverbrauch zu senken, Rechnung tragen. Nebenbei profitiert die Bauwirtschaft - und hier vor allem regionale und lokale Betriebe - von der Förderung, die sich an ein breites Publikum wendet. Damit soll die Initiative auch Arbeitsplätze erhalten und schaffen. ▶

2 Die Richtlinie 2002/91/EG vom 16.12.2002 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden ist von allen EU-Mitgliedsstaaten bis Anfang 2006 in nationale Rechtsvorschriften umzusetzen; für einige Verpflichtungen der Richtlinie gelten unter bestimmten Voraussetzungen verlängerte Umsetzungsfristen.

3 Die "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" ist ein politisches Programm des Bundes, das für verschiedene Bereiche sowohl Leitlinien für politische Entscheidungen als auch messbare Indikatoren zur Überprüfung anbietet, die die unterschiedlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen sollen.

Gebäude-Energiepass soll Investitionen ökologisch lenken

Die Dena betreibt Überzeugungsarbeit. Sie versucht unter anderem, ein Labelling-System für die Energieeffizienz eines Gebäudes zu entwickeln. Dieser "Energie-Pass" für Gebäude wird im Moment von ungefähr 31 Wohnungsunternehmen mit 815.000 Wohnungseinheiten getestet. Der Pass soll dazu führen, dass Energieaspekte stärker in Kauf- und Investitionsentscheidungen wahrgenommen werden, und orientiert sich an den Labelling-Systemen, wie es sie zum Beispiel für Waschmaschinen und Kühlschränke gibt. Die Dena informiert darüber hinaus Bauherren und Unternehmen über rechtliche und technische Neuerungen, produziert Infomaterialien und bietet Fortbildungen an.

Die Förderprogramme im Einzelnen

Die KfW übernimmt die Rolle, durch ihre vorteilhafte Position am Kapitalmarkt und durch Zuschüsse des Bundes sehr günstige Förderkredite für bestimmte Maßnahmen zu vergeben. Die Förderung richtet sich an sämtliche Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohnimmobilien, also z.B. Privatpersonen und Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und Gemeinden. Beispiele für Förderprogramme sind u.a.:

- Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm begünstigt Maßnahmen zur Minderung von Kohlendioxid (CO₂-)Emissionen und zur Energieeinsparung in Wohngebäuden. Förderfähig sind einzelne Sanierungsanstrengungen wie dem Austausch alter Heizungen, aber auch die komplette energetische Modernisierung einer Immobilie. Mit dieser Maßnahme können zum Beispiel auch solarthermische Anlagen finanziert werden.

- Das Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 ist das derzeit weitreichendste Werkzeug zur Wohnwertsteigerung. Jeder, der selbst genutzte oder vermietete Immobilien modernisieren oder im Wohnwert verbessern, instandsetzen oder allgemein aufwerten möchte, kann Darlehen aus diesem Programm erhalten.

Beide Programme können mit weiteren Förderprogrammen gekoppelt werden.



Autor: Daniel Unsöld,
DNR EU-Koordination

• **Kontakt/Informationen**

Informationen zu Förderprogrammen:
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW),
Infocenter
Tel. 01801 / 335577
Fax 069 / 7431-64355
eMail: infocenter@kfw.de

Ansprechpartnerin effiziente Energie-
nutzung/Energiepass:
Deutsche Energie-Agentur (Dena),
Chausseestr. 128a, 10115 Berlin
eMail:
info@deutsche-energie-agentur.de

Informationen zu modernisierungs-
technischen Fragen:
Kompetenzzentrum kostengünstig
qualitätsbewusst Bauen, Salzufer 14,
10587 Berlin
Tel. 030 / 399218-88, Fax -89
eMail: kompetenz@kmb.de

Ausführliche Informationen über EnEV
und EU-Richtlinie:
[http://normen.enev-online.de/
eu_richtlinie](http://normen.enev-online.de/eu_richtlinie)

BMVBW-Wohnwertinitiative im Internet:
[www.bmvbw.de/
Wohnwertfoerderung.1021.htm](http://www.bmvbw.de/Wohnwertfoerderung.1021.htm)

**Umweltbeirat: Zehnmal mehr
Geld für Öko-Energieforschung**

**Diskussion im Vorfeld der Konferenz
für Erneuerbare Energien**

Vor der internationalen Konferenz "renewables 2004" Anfang Juni in Bonn haben Umweltwissenschaftler eine Verzehnfachung der Ausgaben für die Forschung an erneuerbaren Energien in der kommenden Dekade gefordert. Es sei entscheidend, "eine proaktive Rolle beim Umbau des Energiesystems" zu spielen, sagte der Sprecher des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Hartmut Graßl.

Bei der Konferenz wird sich den Angaben zufolge eine kleine Gruppe von Ländern treffen, die schneller vorankommen wollten als die Vereinten Nationen (UN). "Wir sehen in dieser Konferenz einen Ausweg aus den häufig schleppenden Konventionen der UN zur Umwelt", sagte Graßl. In ihren Empfehlungen fordern die Experten zudem einen Zugang für alle Menschen zu modernen Energien, die Verabschiedung einer Energie-Charta sowie ein Ministerforum für nachhaltige Energie. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern ausgebaut werden.

Die internationale Konferenz für Erneuerbare Energien "Renewables 2004" wird Anfang Juni von der Bundesregierung in Bonn veranstaltet. Sie soll den globalen Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter vorantreiben. Im laufenden Jahr liegen die Ausgaben für die Forschung an Erneuerbaren Energien nach Angaben des Bundesforschungsministeriums bei 74 Millionen Euro. (ab) ■

• **Kontakt/Informationen**

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Reichpietschufer 60-62, 10785 Berlin
Tel. 030 / 263948-0, Fax -50
eMail: wbg@wbgu.de
www.wbgu.de

Hightech-Geräte ohne Energieeffizienz

Umweltbundesamt kritisiert hohen Stromverbrauch im Leerlauf

Während die Aussteller der Elektronikmesse CeBIT im März in Hannover sich erneut mit Superlativen überboten, hat das Umweltbundesamt (UBA) darauf hingewiesen, dass nahezu jeder neue Trend zu einem erhöhtem Energieverbrauch führt. Viele Geräte verbrauchten auch im Leerlauf Energie, wenn sie nichts tun oder nicht gebraucht werden, kritisierte das UBA. Über 3,5 Milliarden Euro würden so "nutzlos Jahr für Jahr verschwendet", Tendenz steigend.

Die UBA-Kritik betrifft nicht nur Geräte im Stand-by-Modus, sondern auch Geräte, die im ausgeschalteten Zustand Strom verbrauchen. Einige davon besitzen gar keinen Aus-Schalter, etwa Steckernetzteile. Andere lassen sich auch mit dem Geräteschalter nicht vollständig vom Netz trennen, sondern verbrauchen ständig Strom.

UBA fordert echten, gut zugänglichen Aus-Schalter für jedes Gerät

So gibt es Lautsprechersysteme mit eingebautem Verstärker, die im Bereitschaftsbetrieb ständig fast 50 Watt Leistung aufnehmen, ohne einen Ton abzugeben. Im Jahr entstehen so Kosten in Höhe von 70 Euro. Mehrere Millionen neuer Geräte aus der Datenverarbeitung und der Unterhaltungselektronik belasten die Stromrechnung laut UBA ebenfalls unnötig.

Das Amt forderte ein Ende dieser Stromverschwendung. Jedes Gerät müsse einen Netzschalter haben, der einfach zugänglich, gut sichtbar und eindeutig gekennzeichnet ist. Ein damit ausgeschaltetes Gerät dürfe keinen Strom verbrauchen. Außerdem fordert das UBA eine bessere Information und Aufklärungsarbeit gegenüber den Kunden, so dass diese wissen, ob und in welchem Maße das jeweilige Gerät energieeffizient ist. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
33 00 22, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: presse@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Treibhauseffekt durch Flugzeuge unterschätzt

Alarmierendes Studienergebnis

Der Flugverkehr schädigt das Klima doppelt so stark wie bislang angenommen. Das ist das alarmierende Ergebnis einer Studie im Auftrag der Europäischen Kommission. Sie ließ Forscher von zehn renommierten europäischen Forschungszentren drei Jahre lang den Einfluss des Fliegens auf das Klima untersuchen, darunter auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR).

Wolkenbildung zu lange unterschätzt

Die Experten stellten fest, dass die Wolkenbildung viel kritischer ist als vermutet. Dabei handelt es sich nicht nur um Kondensstreifen, sondern um Schleierwolken in einer Reishöhe von acht Kilometern. Sie spielten beim Treibhauseffekt eine fünfmal so große Rolle wie das Kohlendioxid, heißt es in der noch unveröffentlichten Studie. Dazu komme die aufheizende Wirkung von Stickoxiden und Wasserdampf aus den Triebwerken.

Grund für die Wolkenbildung sind Schwefel- und Rußpartikel, die von den Triebwerken ausgestoßen werden. An ihnen kondensiert die Feuchtigkeit aus der Luft. Die entstehende Wolke wirkt dann wie ein Treibhaus: Zwar kommen die Sonnenstrahlen hinein, doch wird die Abstrahlung der Erdwärme ins Weltall gebremst.

Zunahme des Luftverkehrs um vier bis fünf Prozent

Der Luftverkehr wird in den kommenden beiden Jahrzehnten um vier bis fünf Prozent jährlich wachsen. Durch den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), Stickoxiden und Wasserdampf tragen Flugzeuge inzwischen etwa genauso viel zum Treibhauseffekt bei wie der weltweite Autoverkehr.

Das bedeutet, dass der Flugverkehr bereits im Jahr 2000 den klimaschädigenden Effekt hatte, den Experten bisher erst für das Jahr 2020 vorausgesagt hatten. Statt angenommen 3,5 Prozent macht er 9 Prozent an der derzeitigen Erwärmung aus. ▶

Warnhinweise auf Flugtickets gefordert

Umweltverbände fordern nun unter anderem Warnhinweise auf Flugtickets ähnlich denen auf Zigarettenschachteln: "Fliegen verursacht tödliche Klimaschäden" oder "Ihr Reisebüro kann Ihnen helfen das Fliegen aufzugeben."

Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) Andreas Troge sagte, angesichts dieser Ergebnisse dürfe die Luftfahrt nicht länger von Klimaschutzmaßnahmen ausgenommen werden. Die "seit langem überfällige" europaweite Besteuerung des Treibstoffs, eine flugstreckenbezogene Emissionsabgabe oder die rasche Einbeziehung des Flugverkehrs in das europäische Emissionshandelssystem seien wichtige Schritte für den weltweiten Klimaschutz. Troge forderte eine deutsche und europäische Vorreiterrolle, um den globalen Umweltbelastungen durch den Flugverkehr endlich zu begegnen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
33 00 22, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: presse@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Lesenswert

Energie von unten: Public-Choice-Analyse der Schönauer Stromrebell

Untersucht wird ein Lehrstück in Sachen kommunaler Demokratie: In Schönau gelang es in den Neunzigerjahren einer Bürgerinitiative, einen lokalen monopolistischen Energieversorger zu verdrängen und eine Energiegesellschaft zu gründen, die den Ort mit ökologisch produziertem Strom versorgt. Heute hat sich die EWS Schönau zu einem bedeutenden Ökostrom-Unternehmen mit über 20.000 Kunden in ganz Deutschland entwickelt. In seiner Doktorarbeit hat sich der Volkswirt und Politikwissenschaftler Patrick Graichen detailliert mit den Stromrebellern um das Ehepaar Sladek beschäftigt. Welche Faktoren haben die Durchsetzung dieser kommunalen ökologischen Energiepolitik begünstigt, welche Faktoren haben sie behindert? Der Autor dokumentiert die Geschichte der "Stromrebellern aus dem Schwarzwald" und liefert auf der Basis politökonomischer Theorien und mittels einer "Public-Choice-Analyse" ein Erklärungsmodell für den Erfolg der Umweltbewegung. Nützlich sind das umfangreiche Literaturverzeichnis und der im Anhang befindliche Leitfaden für Experten-Interviews mit den Beteiligten vor Ort. Das Buch zeigt, wie die Energiewende auf kommunaler Ebene möglich ist. Mit Hartnäckigkeit und viel politischem Geschick können selbst mächtige Gegner besiegt werden. (ab, vl)

Patrick Graichen: Kommunale Energiepolitik und die Umweltbewegung - Eine Public-Choice-Analyse der "Stromrebellern" von Schönau, Mannheimer Beiträge zur politischen Soziologie und positiven politischen Theorie, Band 7, Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2003, 321 S., 39,90 Euro, ISBN: 3-593-37352-1

**Schönauer Stromspartipps**

Vor dem Hintergrund des Klimawandels ist Energiesparen eine wichtige Möglichkeit zur Reduzierung von klimaschädigendem CO₂ beizutragen - mit dem Nebeneffekt, dass der Verbraucher nicht nur Kohlenstoffdioxid, sondern auch Geld spart. Dazu haben die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) und der Bund der Energieverbraucher (BdE) eine Stromspars Broschüre herausgegeben. Die überarbeitete Neuaufgabe der Schönauer Stromspartipps bietet auf 60 A4-Seiten fast 100 Tipps zum Energiesparen in Haushalt und Büro.

"Energiesparen leicht gemacht", 2,50 Euro; Hrsg./Bezug: EWS - Elektrizitätswerke Schönau GmbH, Neustadtstr. 8, 79677 Schönau, Tel. 07673 / 888-50, Fax -519 eMail: info@ews-schoenau.de, www.ews-schoenau.de

Solares Bauen: Strategien, Visionen, Konzepte

Die umfangreiche Publikation enthält planerische Grundlagen, verschiedene Techniken und aktuelle Beispiele für solares Bauen. Erläutert werden Fachbegriffe und die verschiedenen Arten der Wärmege- winnung und -speicherung. Der Herausgeber stellt klar, dass die bisherige Anwendung von energiesparenden Maßnahmen mitunter mehr zur Beruhigung des Gewissens als zur tatsächlichen Einsparung führt. Die Verantwortung für den Umgang mit Energie beginnt aber bereits bei Grundfragen der Planung wie Lage oder Nutzfläche. Der Reiz des Buches liegt vor allem in der Darstellung aktueller Beispiele. Sie führen eindrücklich vor Augen, wie stark sich Details solaren Bauens in den vergangenen Jahren verändert haben und immer mehr Bestandteil der Architektur werden. Im Ergebnis führt dies weg vom additiven Ökobau der achtziger Jahre, bei dem jedes Bauteil Umweltgerechtigkeit inszenierte, hin zu intelligenten Lösungen, die selbst großvolumige Gebäude als Organismus betrachten, ohne Abstriche an guter Gestaltung. (vl)

Christian Schittich (Hrsg.): Solares Bauen - Strategien, Visionen, Konzepte, Birkhäuser Verlag für Architektur, München 2003, 176 S., 65,- Euro, ISBN: 3-7643-0709-9

**CD-ROM "Nachwachsende Rohstoffe"**

Die CD-ROM informiert über alternative Nutzungsmöglichkeiten von Pflanzen und die gestiegene Bedeutung der nachwachsenden Rohstoffe als Alternative zu Erdölprodukten. Über 70 verschiedene Rohstoffpflanzen werden ausführlich vorgestellt. Neben biologischen Merkmalen werden Verwendungsmöglichkeiten, Anbauverfahren und aktuelle Entwicklungen in der Forschung und Züchtung beschrieben. Neben einer Literaturliste finden sich auf der CD-ROM allgemeine Texte über Rohstoffe, Verarbeitung, Produkte und Forschung, die zum grundlegenden Verständnis der Themen beitragen. Eine ausführliche Adressenliste verweist auf weiterführende Quellen, Forschungseinrichtungen, Ministerien und Ämter. Hinzu kommt eine umfangreiche Bilddatenbank. Der Datenträger eignet sich gut für Schulen und andere Bildungsstätten. (vl, ab)

CD-ROM "Nachwachsende Rohstoffe", kostenlos; Hrsg./Bezug: Professur für Pflanzenzüchtung, Universität Gießen, Heinrich-Buff-Ring 26-32, 35392 Gießen, Tel. 0641 / 99374-35, Fax -29

Castor 2003 - Ein subjektiver Rückblick

Unter diesem Titel erschien im März eine umfassende Broschüre über den letzten Castortransport im November 2003 ins Zwischenlager Gorleben. Die Broschüre ist eine gute Ergänzung zur traditionellen Castordokumentation der Anti-Atom-Aktuell "Castor - Zug um Zug", die bereits erschienen ist (www.anti-atom-aktuell.de). Den Herausgeber/innen von der BI-Lüchow-Dannenberg ging es vor allem darum, den subjektiven Eindrücken und Erlebnissen der Akteur/innen Raum zu geben, die im November am Widerstand gegen den Transport beteiligt waren. (ab)

Castor 2003 - Eine subjektive Sicht des Widerstandes, 92 Seiten incl. CD, Radio Freies Wendland, 6 Euro, Bezug: BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel. 05841 / -4684, Fax -3197, eMail: bi-luechow@t-online.de, www.bi-luechow-dannenberg.de



Strengere Gentechnik-Novelle gefordert

Umweltverbände legen eigenen Entwurf vor

Der DNR und der BUND haben am Weltverbrauchertag Mitte März gefordert, die Novelle des Gentechnikgesetzes zu verbessern. "Im Regierungsentwurf fehlen die wichtigsten Vorsorge-, Schutz- und Haftungsregelungen", warnte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. In dem Alternativentwurf sind wesentlich strengere Leitlinien für die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen enthalten.

Anbauverbot für Gen-Raps und -Sonnenblumen verlangt

Die Umweltverbände verlangen unter anderem ein generelles Anbauverbot für Gen-Raps und -Sonnenblumen. Bei diesen Pflanzen könne eine unkontrollierte Weitergabe der Genmanipulationen nicht verhindert werden. Rapspollen können kilometerweit mit dem Wind verbreitet werden. Außerdem machten die zahlreichen verwandte Wildarten des Rapses ein Auskreuzen des veränderten Erbgutes wahrscheinlich. Die Begründung bei den Sonnenblumen liegt in den Folgen für die Imkerei. Honig kann laut BUND nicht vor Gen-Verunreinigung geschützt werden.

Auch Sicherheitsabstände oder Pufferzonen zum Abfangen von Gen-Pollen müssten für jede Pflanzensorte individuell festgelegt werden. Jeder Bauer, der Gentechnik einsetzt, soll laut Alternativentwurf seine Nachbarn frühzeitig informieren, wann und wo er aussät. Zudem dürfe das Verursacherprinzip bei der Haftungsregelung "nicht auf den Kopf gestellt" werden.

Bauernverband: Gentechnik-Bauern sollen haftungsfrei bleiben

Der Deutsche Bauernverband (DBV) will hingegen die vorgesehene Haftungsregelung ganz kippen. Nach dem Künast-Entwurf sind Gentechnik-Bauern für eventuelle Einträge durch gentechnisch veränderte Pflanzen auf benachbarte Äcker Schadensersatzpflichtig.

Gleichzeitig rät der DBV Landwirten aber nur dann an einem Versuchsanbau von Saat- und Pflanzgutunternehmen teilzunehmen, wenn eine von ihm erarbeitete Erklärung zur Haftungsfreistellung zugunsten der Landwirte unterschrieben wird. ▶

Einzelhandel und Gaststätten müssen Gentech-Lebensmittel kennzeichnen

Ab 18. April gilt in Europa eine verschärfte Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Zutaten. Supermarktkunden können dann auf dem Etikett lesen, wenn Gentechnik in Nahrungsmitteln steckt.

Auch Kantinen, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen oder Restaurants müssen künftig kenntlich machen, wenn sie gentechnisch veränderte Lebensmittel anbieten. Bundesverbraucherministerin Renate Künast sagte, wer mit gentechnisch veränderten Zutaten koche, müsse das auf der Speisekarte oder einem Aushang deutlich machen. Wer dagegen gentechnikfreie Lebensmittel anbiete, solle damit in Zukunft stärker werben können. Die Ministerin schlug vor, diese Produkte mit dem Hinweis "ohne Gentechnik" zu bezeichnen. Die derzeit noch bestehenden bürokratischen Hürden für eine solche Werbung will Künast ausräumen. (mbu, ab) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 0179 / 8138088
eMail: bund@bund.net
www.bund.net
Bund Naturschutz in Bayern, Hubert Weiger
Tel. 0160 / 2811867

Deutscher Bauernverband (DBV), Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn
Tel. 0228 / 8198-0, Fax -205
eMail: info@bauernverband.de

Greenpeace, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Netzwerk geNOfood, c/o Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik, Breitscheidstr. 41, 16321 Bernau b. Berlin
Tel. 03338 / 758274
mobil: 0162 / 5179606
eMail: genofood@so36.net
www.genofood.de.vu

25 Tonnen Gen-Mais zum geheimen Anbau freigegeben

Gentech-Kontamination ohne Wissen des Nachbarbauern?

In diesem Frühjahr kann in Deutschland genmanipulierter Mais ohne klare Rechtslage und Kontrolle angebaut werden. Nach Angaben von Greenpeace hat das Bundessortenamt in Hannover im Februar den Firmen Monsanto, Pioneer und KWS sogenannte beschränkte Sortenzulassungen erteilt. Dies gelte für die Aussaat von 25,5 Tonnen Gen-Mais. Die Ernte dürfe zu Lebens- und Futtermitteln verarbeitet werden.

Wenn der Gen-Mais geheim und ohne jede Kennzeichnung angebaut werde, würden angrenzende Felder und deren Ernte verunreinigt, ohne dass der benachbarte Landwirt es merke, kritisierte Greenpeace. Bei den jetzt genehmigten Gen-Sorten gebe es jedoch noch keine Transparenz. Die Gentechnik-Konzerne sind bisher noch nicht dazu verpflichtet, Käufer oder Standorte ihrer Gen-Pflanzen offen zu legen.

Geheimniskrämerei gegen Verbrauchervertrauen

Das soll in Zukunft das Gentechnik-Gesetz verhindern, das im Herbst in Kraft treten soll. Greenpeace forderte daher, die Anbauflächen der Gen-Pflanzen bekannt zu geben. Die Mehrheit der Verbraucher lehne Gentechnik im Essen ab, daher gebe es fast kein Gen-Food im Supermarkt. Jetzt solle der Bevölkerung die Gentechnik unerkannt untergeschoben werden. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Greenpeace, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Künast: EU-Biopatentrichtlinie geht zu weit

Deutscher Gesetzentwurf soll Landwirte und Artenvielfalt schützen

Die Bundesregierung hat eine Überprüfung und Änderung der EU-Biopatentrichtlinie gefordert. Die Richtlinie gibt nach Meinung von Bundesverbraucherministerin Renate Künast bisher keine adäquaten Antworten auf die Herausforderungen der Gentechnik. Deshalb seien Klarstellungen im EU-Recht nötig, so die Ministerin anlässlich der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Umsetzung der Richtlinie im März.

Es müsse EU-weit Klarheit geschaffen werden, was patentiert werden kann und wie weit ein Patentschutz reichen soll. Dabei müsse dem Patent tatsächlich auch eine erfinderische Leistung zugrunde liegen und damit auch etwas Nützliches geschaffen werden, sagte Künast. Das Patentrecht dürfe nicht dafür missbraucht werden, Dritte von der Nutzung bereits allgemein bekannter Dinge oder leicht nachvollziehbarer Forschungsergebnisse auszuschließen. Es dürfe auch nicht mehr dazu kommen, dass, wie mehrfach geschehen, Patente für durchweg konventionell gezüchtete Pflanzen oder mit einem weit über die eigentliche erfinderische Leistung hinausgehenden Anspruch vom Europäischen Patentamt erteilt werden.

Der Gesetzentwurf enthält nach den Worten von Künast Klarstellungen, die mögliche negative Auswirkungen für Landwirtschaft, Pflanzenzüchtung und auch für die Erhaltung der biologischen Vielfalt verhindern sollen. So werde klar gestellt, dass das im Patentrecht geltende Forschungsprivileg auch für die Züchtung gelte. Dementsprechend könnten patentiertes pflanzliches Material und patentierte Verfahren für Züchtungsforschung und Züchtung frei benutzt werden. Außerdem stelle der Gesetzentwurf klar, dass kein Landwirt durch Auskreuzung von patentierten Pflanzen ungerechtfertigten Ansprüchen von Patentinhabern unterzogen werden könne. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverbraucherministerium
(BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de

Bayerischer Bauernverband schafft gentechnikfreie Zonen

Freiwilliger Verzicht auf gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut

Mit der Begründung, dass der Entwurf des Gentechnikgesetzes unzureichende Koexistenz- und Haftungsregelungen zur "Grünen Gentechnik" enthalte, haben Ortsverbände des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) gentechnikfreie Anbauzonen auf freiwilliger Basis eingerichtet. Die beteiligten Landwirte erklärten mit ihrer Unterschrift, dass sie zunächst bis Jahresende kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut in ihren Betrieben einsetzen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen die Unterzeichner von den jeweiligen Saat- und Pflanzgut-Lieferanten eine schriftliche Garantieerklärung einfordern, dass bei der Herstellung keine gentechnischen Methoden eingesetzt worden sind. Die Landwirte wollen sich vier Wochen vor Ablauf der Vereinbarung wieder treffen, um eine Fortführung zu besprechen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Bayerischer Bauernverband (BBV),
Max-Joseph-Str. 9, 80333 München
Tel. 089 / 55873-0, Fax -505
eMail: kontakt@
bayerischerbauernverband.de
www.bayerischerbauernverband.de

Gen-Früchte mit verbesserten Eigenschaften nicht in Sicht

Kritischer Bericht "Verschobene Marktreife" erschienen

Gesündere Pflanzenöle, samenlose Früchte und vitaminreicheres Gemüse - mit solchen Produkten wollen Gentechnik-Konzerne um die Akzeptanz der Konsument/innen werben. Dahinter steckt vor allem der Versuch, das Image von Gentechnik-Pflanzen zu verbessern. Doch entgegen aller Versprechungen nimmt die Anzahl der Versuche mit transgenen Pflanzen, die den Konsument/innen mehr Nutzen bringen sollen, seit Mitte der 90er Jahre ab. Das zeigt der neue Bericht "Verschobene Marktreife" des Gen-ethischen Netzwerkes (EUR 04.04, S. 25/26).

In den nächsten fünf Jahren werden weiter transgene Pflanzen der so genannten ersten Generation das Marktgeschehen dominieren. Die Palette der bereits kommerzialisierten Pflanzenarten wird voraussichtlich um folgende neue Arten erweitert werden: Banane, Erbse, Erdnuss, Futterrübe, Gerste, Gurke, Kopfsalat, Luzerne, Pfeffer, Sonnenblume und Weizen. Sie sollen resistent gemacht werden gegen Pilze, Viren, Insekten und Herbizide. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Gen-ethisches Netzwerk e.V. (GeN),
Christof Potthof, Brunnenstr. 4, 10119
Berlin
Tel. 030-6857073, Fax -6841183
eMail: christof.potthof@
gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Benno Vogel, Christof Potthof: "Verschobene Marktreife - Materialien zur zweiten und dritten Generation transgener Pflanzen"; 15,- Euro zzgl. Versand; Hrsg./Bezug: GeN (s.o.)
Vollständiger Bericht im Internet (PDF-Datei zum Download):
www.gen-ethisches-netzwerk.de/
gen/html/projekte/pdfs/
Verschobene_Marktreife.pdf

Verbände wollen mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung

DNR-Workshop benennt Bildungsziele für die Nachhaltigkeitsstrategie

Bildung für nachhaltige Entwicklung spielt weder in der aktuellen Bildungsdebatte eine Rolle noch ist das in der "Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie" (DRB 11/12.03, S. 22) formulierte Bildungsziel einer nachhaltigen Entwicklung förderlich. Darin waren sich die Experten, die sich auf dem Workshop "Bildung für nachhaltige Entwicklung als Reformziel" im Februar in Köln trafen, einig. Sie sehen es als dringend notwendig an, bessere Indikatoren und Bildungsziele in der Nachhaltigkeitsstrategie zu verankern und der Bildung für nachhaltige Entwicklung ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung vermittelt heute nicht mehr nur Faktenwissen über Umweltschutz und die Situation der Entwicklungsländer, sondern fördert grundlegende Schlüsselkompetenzen wie kommunikative, soziale und emotionale Kompetenzen, Teamfähigkeit, Gestaltungskompetenz und die Entwicklung starker Persönlichkeiten. Dabei handelt es sich übrigens um Kompetenzen, die immer auch von Seiten der Wirtschaft gefordert werden. ▶

Kindertagesstätten: Von der Verwahr- zur Bildungseinrichtung

Während die Nachhaltigkeitsstrategie sich in ihren Bildungszielen auf das Ende der Schulausbildung konzentriert, machte DNR-Präsidiumsmitglied und LBV-Umweltbildungsexperte Klaus Hübner in seinem Vortrag deutlich, dass es einer breit angelegten Bildungskampagne bedarf und insbesondere dringend geboten ist, Kindertageseinrichtungen nicht mehr als Verwahrungs-, sondern als Bildungseinrichtungen zu betrachten und dementsprechend zu führen. Die Erfahrungen des Landesbund für Vogelschutz (LBV), der seit sieben Jahren einen Kindergarten führt, machten deutlich, dass Inhalte und Methoden der Bildung für nachhaltige Entwicklung hervorragend geeignet sind kindliche Kompetenzen zu fördern. Dabei verfolge der LBV einen partizipativen Ansatz, der dem Entdeckerdrang der Kinder entgegen komme und es ihnen ermögliche, Probleme weitgehend eigenständig zu lösen.

Dr. Klaus Mertineit vom Institut für Umweltschutz in der Berufsbildung in Hannover leitete aus seinen Erfahrungen Empfehlungen ab, wie Aspekte nachhaltiger Entwicklung erfolgreich in die berufliche Bildung integriert werden können. Er plädierte vor allem für den Aufbau einer effektiven Kommunikationsstruktur und betonte die Anreizfunktion bundespolitischer Förderinstrumente, die auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind, wie die Förderung Erneuerbarer Energien. ▶

Umweltverbände können nur gemeinsam bei der Bildung mitreden

Auf der anschließenden Podiumsdiskussion stellten die Verbändervertreter/innen selbstkritisch fest, dass es einer stärkeren Vernetzung und einer Strategie der Umwelt- und Entwicklungsverbände bedarf, um die Bildungsdebatte mitgestalten zu können. Für die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie forderten die Experten unter anderem, das Thema Bildung in jedes Kapitel zu integrieren, Bildungsziele für den Elementarbereich zu definieren und qualitative Indikatoren zu entwickeln.

Der Workshop wurde im Rahmen des gemeinsamen Projekts von DNR, BUND und NABU "Nachhaltigkeit und zivilgesellschaftliche Partizipation" und der DNR-Sonderschau "Bildung für nachhaltige Entwicklung - Kompetent in die Zukunft" auf der Kölner Bildungsmesse Didacta 7 veranstaltet. Die Umweltverbände wollen die Ergebnisse in die bildungspolitische Diskussion innerhalb der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie einbringen.

◆ Der DNR würde sich über eine Beteiligung an der Diskussion durch Bildungsexperten und der am Thema interessierten Mitglieder sehr freuen. ■

Autorin: Annette Littmeier,
DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie

• Kontakt/Informationen

Dokumentation des Workshops als Internet-Download:
www.nachhaltigkeits-check.de/veranstaltungen

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie,
Annette Littmeier, Prenzlauer Allee
230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

Umsetzungsdefizit bei der Nachhaltigkeitsstrategie

DNR, BUND und NABU veröffentlichen Broschüre mit Workshop-Ergebnissen

DNR, BUND und NABU haben in einer Broschüre die Ergebnisse ihres im Oktober 2003 durchgeführten Workshops "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie - Bilanz der Umsetzung und Perspektiven der Weiterentwicklung" veröffentlicht, die beim DNR bestellt werden kann (24 Seiten A4, kostenlos).

Rund 80 Vertreter/innen aus Umwelt-, Entwicklungs- und Verbraucherverbänden, BMU, UBA und Wissenschaft hatten in Berlin den Umsetzungsstand der Nachhaltigkeitsstrategie (DRB 11/12.03, S. 22) und Möglichkeiten der Weiterentwicklung diskutiert. Schwerpunkte waren Klima/Energie, Flächenverbrauch und Landwirtschaft.

Klima, Flächenverbrauch und Verkehr im Zusammenhang betrachten

Insgesamt wurde die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie als unzureichend beurteilt, mit Ausnahmen in einigen Bereichen. Vor allem müssten in der Strategie die einzelnen Umweltbereiche stärker verknüpft werden. So müsse der Zusammenhang zwischen Klimaschutz, Flächeninanspruchnahme und Mobilität deutlicher dargestellt und Umweltmaßnahmen müssten entsprechend formuliert werden. Auch müssten eine Debatte um Lebensstile angestoßen und nachhaltige Entwicklung als Bildungsthema etabliert werden.

Von der Bundesregierung erwarten die Teilnehmer, dass sie in ihrem Fortschrittsbericht Anfang April die Umsetzungsdefizite klar benennt. Für den geplanten Dialogprozess forderten sie echte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger/innen und Verbände durch zahlreiche dezentrale Veranstaltungen.

DNR, BUND und NABU planen weitere Workshops im Mai und im Herbst, um die Positionen der Umweltverbände weiter zu entwickeln und zu bündeln. ►

Weinzierl weiter im Nachhaltigkeitsrat und erstmals in Bundesversammlung

Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, ist Ende März für eine weitere Berufungsperiode in den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen worden. Mit Fachkompetenz und großem Engagement habe der DNR-Präsident wichtige Impulse zur nachhaltigen Entwicklung der Bundesrepublik gegeben, so Bundeskanzler Gerhard Schröder in dem Berufungsschreiben an Weinzierl. Die Berufung gilt für drei Jahre.

Auf Vorschlag der SPD und der Grünen wurde Hubert Weinzierl zudem in die Bundesversammlung gewählt. Der DNR-Präsident nimmt damit an der Wahl des Nachfolgers für Bundespräsident Johannes Rau am 23. Mai teil. (al, mb) ■

• Kontakt/Informationen

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie,
Annette Littmeier, Prenzlauer Allee
230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de

Bundeswaldgesetz: Lob und Kritik für Eckpunkte-Papier

Naturschutzexperten: Gute Ansätze aus dem Verbraucherministerium

Das Bundesverbraucherministerium hat ein Eckpunktepapier zur Erneuerung des Bundeswaldgesetzes vorgestellt. Das endgültige Gesetz soll noch bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 vom Bundestag verabschiedet werden. Die Umweltverbände sehen in dem Entwurf gute Ansätze zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der deutschen Wälder, fordern aber noch weit reichende Korrekturen am Gesetzestext.

NABU: Novelle am Nationalen Waldprogramm messen

Der Naturschutzbund NABU kritisierte, im Waldgesetz, das in seiner geltenden Fassung "nahezu ökologiefrei" sei, müssten die anerkannten Grundsätze einer naturnahen Waldwirtschaft verankert werden. Diesem Anspruch würden Künasts Eckpunkte jedoch nur teilweise gerecht. "Sie fallen sehr dürrig aus und bleiben weit hinter den Ergebnissen des Nationalen Waldprogramms zurück", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Wesentliche Bestandteile eines naturnahen Waldes, wie der Schutz von Totholz und besonderen Lebensräumen, würden gar nicht oder weitgehend unverbindlich geregelt. Als positiv wertete der NABU den angestrebten Verzicht auf Kahlschläge, Pflanzenschutzmittel und Gentechnik im Wald. Der Verband forderte eine zügige Umsetzung der Gesetzesnovelle. ▶

WWF: Naturnahe Waldwirtschaft überall, Allgemeinwohl muss vorgehen

Der WWF hat den folgenden Forderungskatalog veröffentlicht:

- Es müssen noch deutlichere Richtlinien eingeführt werden, um eine naturnahe Waldwirtschaft in Deutschland flächendeckend umzusetzen.
- Wenn neue Wälder entstehen, muss der natürlichen Vegetationsentwicklung der Vorrang gegeben werden.
- Die Umwandlung in naturnahe Mischwälder soll durch staatliche Förderprogramme unterstützt werden.
- Staats- und Körperschaftswälder müssen dem Allgemeinwohl dienen. Bei ihrer Bewirtschaftung müssen ihre Funktionen als Erholungsgebiet, als natürlicher Wasserspeicher, Luftfilter und Erosionsschutz sowie als Heimat für Tier- und Pflanzenarten im Vordergrund stehen.
- Es müssen Regelungen festgelegt werden, um die Bestände von Schalenwild (Rot- und Damwild, Rehe, Gämsen, Muffelwild, Wildschweine) in einem angemessenen Rahmen zu halten und so vor allem junge Bäume zu schützen.
- Wälder mit hohem Schutzwert müssen besonders berücksichtigt werden.
- Die private Zertifizierung von Wäldern nach ökologischen Kriterien darf staatliche Kontrollen nur dann ersetzen, wenn es sich um ein glaubwürdiges Zertifizierungssystem wie der Forest Stewardship Council (FSC) handelt.

(ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

DNR, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie, AG Wald, Annette Littmeier, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
eMail: annette.littmeier@dnr.de
www.dnr.de

WWF Deutschland, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt a.M.
Tel. 069-791440, Fax -617221
eMail: info@wwf.de
www.wwf.de

Beunruhigende Zunahme der Borkenkäferpopulation

Biologische Bundesanstalt warnt vor großen Waldschäden

Das klimatisch sehr trocken-warme Jahr 2003 hat die Vermehrungsraten vieler Insekten, vor allem der Borkenkäfer begünstigt. Einige Bundesländer wie Thüringen befürchten die größte Massenvermehrung seit mehr als 50 Jahren. Für dieses Jahr erwarten die Experten der Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), ebenso wie die meisten Fachkollegen aus den Bundesländern, dass die Fichte durch den Borkenkäfer extrem gefährdet ist. Lokal seien sogar Borkenkäferschäden an Lärche, Douglasie und Buche zu befürchten, die sonst kaum unter diesen Schädlingen zu leiden haben. Die Experten gehen davon aus, dass auch Laubwälder, vor allem die Eiche, stark befallen werden.

Was kann getan werden?

Die Bekämpfung der Borkenkäfer gestaltet sich laut BBA schwierig. Vor allem müsse verhindert werden, dass sich die Käfer im Wald fertig entwickeln bzw. ihren Brutraum verlassen können. Bei dem derzeitigen Befall könne das zu einem "24-Stunden-Job für die Forstarbeiter" werden, wird ein BBA-Mitarbeiter zitiert. Sollte es in diesem Sommer wieder überdurchschnittlich warm und trocken werden, seien ernste Waldschäden in heute noch nicht abschätzbaren Ausmaßen zu befürchten. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), Dr. P. W. Wohlers, Messedamm 11-12, 38104 Braunschweig
Tel. 0531 / 299-3204, Fax -3000
eMail: pressestelle@bba.de
www.bba.de

Wende in der Jagdpolitik: Künast will Jagd einschränken

Naturschutzverbände wollen Reform des Bundesjagdgesetzes bis 2006

Die Ankündigung von Verbraucher-
schutzministerin Renate Künast, das
deutsche Jagdwesen grundlegend zu re-
formieren, ist von Natur- und Artenschüt-
zern in ganz Deutschland begrüßt wor-
den. Das "Komitee gegen den Vogelmord"
teilte mit, eine solche Wende in der Jagd-
politik sei seit Jahrzehnten überfällig. In-
besondere begrüße man die Pläne der
Ministerin, gefährdete Tierarten wie Greif-
vögel, Hermelin und Mauswiesel von der
Liste der jagdbaren Tierarten zu strei-
chen.

Entscheidend für den Naturschutz ist nach
Ansicht des Komitees die Ankündigung
Künasts, die Jagd künftig an den Zielen
des Natur- und Tierschutzes auszurichten.
Sprecher Alexander Heyd sagte: "Bisher
ist es genau umgekehrt. Selbst mitten in
Naturschutzgebieten und Nationalparks
dürfen Rote-Liste-Arten und Zugvögel ge-
schossen werden." So stieß die Ankündi-
gung der Ministerin, die Jagd in Natur-
schutzgebieten künftig zu verbieten, so-
fern der Schutzzweck dadurch nicht ge-
fährdet ist, auf eher vorsichtige Zustim-
mung. Heyd forderte klarere Formulieren-
gen. Jagd habe in Naturschutzgebieten
"grundsätzlich nichts zu suchen".

Auch Ökologischer Jagdverband unterstützt Künast-Initiative

Auch der Ökologische Jagdverband (ÖJV)
hat die Initiative der Verbraucherschutz-
ministerin zur Novellierung des Bundes-
jagdgesetzes ausdrücklich begrüßt. Eine
umfassende Reform dieses Gesetzes sei
Grundlage für eine Neuausrichtung des
Jagdwesens in Deutschland, wie sie der
ÖJV seit langem fordere, sagte ÖJV-Bun-
desvorsitzende Elisabeth Emmert. Die e-
ne Orientierung an Vorgaben des Natur-
und Artenschutzes, einer naturnahen
Waldentwicklung und Waldbewirtschaftung
sowie berechtigten Ansprüchen des Tier-
schutzes und des Grundeigentums wer-
den zu einer besseren Akzeptanz der
Jagd in der Gesellschaft beitragen. ►

Ebenso wird vom ÖJV ein Verbot der Fal-
lenjagd und Fütterung, die Kürzung der
Liste der jagdbaren Tierarten und eine an
Zielen des Naturschutzes orientierte Jagd-
ausübung in Schutzgebieten unterstützt.
Der ÖJV unterstützt auch das grundsätzli-
che Bekenntnis der Ministerin zur Beibe-
haltung der Bundeskompetenz im Jagd-
recht und das Festschreiben hoher bun-
desweiter Standards für eine nachhaltige
Jagdausübung.

Der Ökologische Jagdverband dringt auf
eine zügige Umsetzung der Reform des
Bundesjagd und -waldgesetzes, deren
Synchronisierung aufgrund des "brisanten
Wald-Wild-Konflikts" erforderlich sei.

NABU: Keine Jagd in Schutzgebieten und auf Wasservögel

Der Naturschutzbund NABU begrüßte e-
benfalls die Reforminitiative und forderte
die zügige Umsetzung noch in dieser Le-
gislaturperiode. Die Eckpunkte ließen al-
lerdings die notwendige Entschiedenheit
vermissen. Es sei "völlig unverständlich",
dass die meisten Wasservogelarten, dar-
unter gefährdete Enten, Gänse und Tau-
cher, weiterhin zur Liste der jagdbaren A r-
ten gehören sollten, sagte NABU-Präsi-
dent Olaf Tschimpke. Die Regelung zur
Jagd in Schutzgebieten sei praxisfern und
bestätige den privilegierten Status der
Jagd. "In Schutzgebieten muss weitge-
hende Jagdruhe herrschen", forderte
Tschimpke. In Nationalparks und Kern-
zonen von Großschutzgebieten sei die
Jagd entsprechend internationaler Krite-
rien gänzlich zu verbieten. Begrüßt wurde
auch vom NABU das Fallenjagdverbot, der
Greifvogelschutz sowie das Verbot der
Wildtierfütterung und -medikamentierung.

Annähernd die gleichen Forderungen er-
hob auch der BUND. Die Anzahl jagdbarer
Tierarten sei "drastisch" zu kürzen. Bür-
ger sollen Wildtiere, die durch Bejagung
scheu oder nachtaktiv geworden sind,
wieder erleben können. Die "ökologische
und ökonomische Schädigung von Wald
und Kulturland durch Jagd" müsse been-
det werden. (ab) ■ ●

• Kontakt/Informationen

Komitee gegen den Vogelmord e.V.,
Alexander Heyd, Auf dem Dransdorfer
Berg 98, 53121 Bonn
Tel. 0228 / 665-521, Fax -280
eMail: komitee@komitee.de
www.komitee.de

Ökologischer Jagdverband Deutschland
(ÖJV), Erlanger Str. 19, 91341 Röt-
tenbach

Tel. 09195 / 92322-4, Fax -5
eMail: bayern@oejv.de
www.oejv.de

Naturschutzbund (NABU), Herbert-
Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179
Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: doris.eberhardt@bund.net
www.bund.net

Flora und Fauna des Jahres 2004

Wildtier des Jahres: Siebenschläfer

Der Siebenschläfer ist die größte und häufigste Art unter den Bilchen (Schlafmäuse). Verbreitung findet er in fast ganz Europa und Kleinasien. Laubwälder und alte Obstgärten sind seine bevorzugten Lebensräume. Der nachtaktive, bis zu 280 Gramm schwere Nager hält von Anfang Oktober bis Anfang Mai Winterschlaf, wobei er 25-50 % seines Gewichts verliert. Einmal jährlich bekommt der Siebenschläfer vier bis sechs Junge. Trotz seines recht häufigen Vorkommens ist der Siebenschläfer im Norden Deutschlands zunehmend bedroht.

Fisch des Jahres: Maifisch

Aufgrund seines häufigen Vorkommens in europäischen Fließgewässern galt dieser seltene Wanderfisch am Ende des 19. Jahrhunderts als "Fisch der armen Leute". In Nordrhein-Westfalen gilt der Maifisch heute als ausgestorben. Schuld daran sind die ehemals starke Gewässerverschmutzung und intensive Befischung. Auch die Turbinen von Wasserkraftwerken stellen eine tödliche Gefahr dar.

Orchidee des Jahres: Grüne Hohlzunge

Die Grüne Hohlzunge gehört zu den besonders sensiblen Vertretern der typischen Bergwiesenorchideen. In Deutschland liegt ihr Verbreitungsschwerpunkt in den Alpen. Auf mäßig feuchten, nährstoffarmen, oft aber kalkreichen Böden ist sie bis in 2.900 m Höhe zu finden. Bedroht ist die Grüne Hohlzunge durch Intensivweide und Düngung sowie Aufforstung und Überbauung. In Niedersachsen ist sie bereits ausgestorben und in den meisten anderen Gebieten ihres heimischen Vorkommens stark bedroht. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
Landesverband NRW, Ripshorster Str.
306, 46117 Oberhausen
Tel. 0208 / 88318-81, Fax -83
eMail: info@sdw-nrw.de
www.sdw-nrw.de

Info-Faltblatt "Natur des Jahres":
siehe S. 25

Tierschutzverbände fordern Verbandsklagerecht

"Staatsziel Tierschutz muss endlich umgesetzt werden"

Der Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt) und der Deutsche Tierschutzbund haben die Initiative des Landes Schleswig-Holstein zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage auf Bundesebene nachdrücklich begrüßt. Der Schutz von Tieren stehe zwar nun im Grundgesetz, er müsse aber auch umgesetzt werden, sagte Tierschutzbund-Präsident Wolfgang Apel. Tierschutzverbände brauchen das Recht, den gesetzlich verbrieften Tierschutz durchzusetzen. "Wir fordern den Bundesrat auf, dem Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein zuzustimmen."

"Bund und Länder sind zu effektivem Tierschutz verpflichtet"

Zum 1. August 2002 ist das Staatsziel Tierschutz in Kraft getreten. Bund und Länder seien damit zu einem effektiven Tierschutz verpflichtet, sagte Apel. Die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes in die Praxis umzusetzen sei nur mit dem Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände möglich. "Was im Naturschutz selbstverständlich ist, soll angesichts der neuen Verfassungslage dem Tierschutz nicht verwehrt bleiben."

Durch das Verbandsklagerecht würden Rechtslücken geschlossen und eine "Waffengleichheit" im Verhältnis zwischen Tiernutzern, Behörden und zu schützenden Tieren hergestellt. Apel: "Wo jetzt noch tierquälerische Massentierhaltungen oder Massentötungen von Tieren widerspruchslos praktiziert werden, kann dann im Namen der Tiere Einspruch eingelegt werden." Zudem sei es dann den Tierschutzorganisationen möglich, begründete Rechtsbehelfe gegen Tierquälerei beim betäubungslosen Schächten und bei Tierversuchen einzulegen. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

Deutscher Tierschutzbund e.V., Baum-
schulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-24, Fax -41
eMail: presse@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de

Umstrittene Peta-Kampagne gegen Tiertötung gestoppt

KZ-Vergleich: Zentralrat der Juden erwirkte einstweilige Verfügung

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat gegen die Tierschützer-Plakatkampagne "Holocaust auf dem Teller" vor dem Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung erwirkt. Wenn die dahinter stehende internationale Tierschutzorganisation Peta ihre Plakataktion fortsetzt, droht ihr nun ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro.

Nach Ansicht des Dachverbandes der jüdischen Gemeinden ist die direkte Gegenüberstellung von Tieren mit Opfern des nationalsozialistischen Völkermords Menschen verachtend und eine Verharmlosung des Holocaust. Mehrere Tierschutz- und Umweltverbände, darunter der BUND, hatten sich von der Aktion distanziert, ein Bündnis von Bioläden startete eine Unterschriftenkampagne gegen die Plakate.

Die Tierschützer hatten eine Wanderausstellung mit acht Großplakaten geplant, die auch schon in den USA und weiteren Ländern zu sehen war. Die Plakate zeigen Fotos von Schweinen, Rindern und Hühnern neben Bildern von Häftlingen aus Nazi-Konzentrationslagern. Mit der Aktion soll die Tötung von Tieren angeprangert werden. (ab) ■

● Kontakt/Informationen

PETA Deutschland e.V., Pforzheimer-
str. 383, 70499 Stuttgart
Tel. 0711 / 86661-65, Fax -66
eMail: info@peta.de
www.peta.de
Nachrichtenüberblick im Internet:
<http://de.indymedia.org/2004/03/77265.shtml>

Lesenswert

Handbuch Projektmanagement im Naturschutz

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat ein Managementhandbuch für Projektverantwortliche herausgegeben, um das Projektmanagement im Naturschutz zu verbessern. Der "Leitfaden für kooperative Naturschutzprojekte" bietet Projektmanagern im staatlichen und nichtstaatlichen Naturschutz ein Handwerkszeug für das Projekt- und Prozessmanagement. Das Handbuch ist praxisnah und nutzerfreundlich. Projektverantwortliche können mit Checklisten prüfen, wo Stärken und Schwächen in ihrer Arbeit bzw. ihrer Vorbereitung bestehen. Den letzten Abschnitt des Handbuchs bildet eine Sammlung praktischer Methoden und Instrumente für die tägliche Arbeit in Naturschutzprojekten. Das Spektrum reicht von Moderations- und Mediationstechniken über Analyse-Tafeln bis hin zu Aktions- und Arbeitsplanungen. (ab)

BfN (Hrsg.): Projektmanagement im Naturschutz - Leitfaden für kooperative Naturschutzprojekte, 12,- Euro, 2004; Landwirtschaftsverlag Münster, Tel. 02501 / 801-0, Fax -204, www.lv-h.de



Faltblatt "Natur des Jahres 2004"

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) Nordrhein-Westfalen hat wieder ein Info-Faltblatt "Natur des Jahres 2004" herausgegeben. Vom Baum des Jahres über das Insekt bis hin zum Pilz des Jahres werden neun ausgewählte Tiere und Pflanzen vorgestellt. Das Faltblatt enthält neben detaillierten Beschreibungen auch farbige Abbildungen. (ab)

Info-Faltblatt "Natur des Jahres", 4 Seiten DIN A4, 0,20 Euro zzgl. Versandkosten, SDW NRW, Ripshorster Str. 306, 46117 Oberhausen, www.sdw-nrw.de

Baumeister der Wildnis: Biber zurück in Bayern

"Ich freue mich, dass mein Freund Hubert Weinzierl mit diesem Buch nun die mitunter wirklich abenteuerliche Geschichte der Rückkehr des Bibers nach Bayern aufgeschrieben hat", schreibt Naturschutz-Nestor Heinz Sielmann im Vorwort zu diesem Büchlein, das für ihn "nicht nur eine Dokumentation erfolgreicher Naturschutzarbeit, sondern vor allem auch eine ganz persönliche Erinnerung daran ist, wie spannend ein Leben für die Natur sein kann." Das Buch in handlichem Format und dezenter Aufmachung lädt mit kurzen inhaltsreichen Texten sowie zahlreichen Fotos und Illustrationen zum Genießen und Nachdenken ein. (ab, mb)

Hubert Weinzierl: Biber - Baumeister der Wildnis, 80 Seiten, 15 Euro, Lauf a.d. Pegnitz 2003, ISBN 3-9808986-0-1; Bezug: BN Service, Tel. 09123 / 99957-20, Fax -99



Münster fahrradfreundlichste Großstadt

Ergebnisse des Fahrradklimatests von ADFC und BUND

Die Gewinner des Fahrradklimatests 2003 stehen fest: Fahrradfreundlichste Großstadt ist erneut Münster, das auch klarer Gesamtsieger wurde. In der Gruppe bis 200.000 Einwohner ging der erste Preis an Erlangen, bei den Städten bis 100.000 Einwohner siegte Bocholt. Thomas Holzmann, Vizepräsident des Umweltbundesamtes, überreichte Mitte März in Potsdam die Preise in Form von Fahrrad-Abstellanlagen.

Fahrradklima allgemein leicht verbessert

In einer bundesweiten Umfrage hatten der Fahrradclub ADFC und der Umweltverband BUND gefragt, wie fahrradfreundlich Deutschlands Städte sind. Über 8300 Fragebögen wurden ausgefüllt. Obwohl fast alle Städte ihr Fahrradklima leicht verbessern konnten, zeigt die Umfrage, dass Radfahrer längst nicht überall zufrieden sind. Sie fühlen sich auf zu schmale Wege abgeschoben, an Baustellen "vergessen" und von langen Wartezeiten an Ampeln behindert. Auch Behörden, die Radwege nicht reinigen lassen, bekamen schlechte Noten. Städte, in denen Radfahrer Einbahnstraßen in Gegenrichtung benutzen können und wo Wegweiser die Orientierung erleichtern, kamen insgesamt besser weg.

Der Fahrradklimatest ist Teil des vom Umweltbundesamt geförderten ADFC-Projekts "Umweltentlastung durch mehr Radverkehr", das die Kommunen bei der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans vor Ort unterstützen soll. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

ADFC, Grünenstr. 8-9, PF 10 77 47, 28077 Bremen
Tel. 0421 / 34629-15, Fax -50
eMail: kontakt@adfc.de
www.adfc.de

Radurlaub weiter mit starken Zuwachsraten

Radreiseanalyse 2004: Rad & Bahn sowie Radfernwege im Blickpunkt

Der Fahrradtourismus verzeichnet weiterhin starke Zuwächse. 2,25 Millionen Deutsche verbrachten im letzten Jahr ihren Urlaub im Fahrradsattel, eine Zunahme von 12,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu diesen Ergebnissen kommt der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) in seiner Radreiseanalyse 2004, die er Mitte März auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin vorstellte.

44 Prozent aller Deutschen sind demnach im Urlaub mit dem Fahrrad aktiv. Für 78 Prozent der Radreisenden ist der Fahrradurlaub die Haupturlaubsreise. Veranstalter pauschaler Radreisen berichteten für 2004 von zweistelligen Buchungszuwächsen im Vergleich zum Vorjahr.

ADFC: Abbau von Fahrrad-Stellplätzen in Zügen unverständlich

Unverständnis zeigte der ADFC gegenüber der Produktpolitik der Deutschen Bahn AG. Fahrrad-Stellplätze würden abgebaut, attraktive Fernverbindungen, besonders der ICE, würden Radreisenden vorenthalten. Bei der DB sei dadurch die Zahl der transportierten Fahrräder im Fernverkehr in nur einem Jahr von 312.000 auf 270.000 gesunken.

Dabei nutzen Radler die Bahn erheblich stärker als andere Touristen. 42 Prozent wählen die Bahn als Verkehrsmittel für die Rückreise von ihrer Radtour, so die Analyse. Dass es auch anders geht, zeigen laut ADFC die Züge der CityNightLine. Sie erreichten trotz verhältnismäßig geringer Kapazitäten in den letzten zwei Jahren eine Steigerung der Fahrradmitnahme von 4300 auf 11.000 Räder. DB NachtZug beförderte im letzten Jahr rund 16.000 radelnde Gäste gegenüber 12.000 im Vorjahr. Deutsche Busreiseveranstalter hätten den Trend erkannt, stellten ihre Fahrzeuge zunehmend mit speziellen Fahrradanhängern aus und böten inzwischen eine Vielzahl von Pauschalreisen an. ►

Erste Schritte zum bundesweiten Radfernwegenetz

Auch die Vision eines einheitlichen bundesweiten Radfernwegenetzes rücke näher, teilte der ADFC mit. Die ersten "D-Netz-Routen" seien in Nordrhein-Westfalen bereits ausgearbeitet. Hessen, Niedersachsen und Brandenburg stünden kurz davor. Allerdings fehle es immer noch an einer bundesweiten Koordinierungsstelle.

Die ADFC-Mitglieder kürten den Weser-Radweg zum beliebtesten Radfernweg in Deutschland, gefolgt von Elberadweg, Donauradweg, Altmühltal-, Main- und Oder-Neiße-Radweg. Zur beliebtesten deutschen Radreiseregion wurde wie im Vorjahr Mecklenburg-Vorpommern vor Franken und Bayern gewählt. Starke Zuwächse verzeichnete Brandenburg. Die beliebtesten Radreiseregionen im Ausland sind Österreich, Schweiz, die Niederlande und die Toskana, Aufsteiger ist die Provence. Als geplante Radreiseziele für 2004 werden vorwiegend der Elberadweg, Mecklenburg-Vorpommern und der Bodensee genannt, grenzüberschreitend geht es nach Österreich, Frankreich und Italien. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

ADFC, Grünenstr. 8-9, PF 10 77 47, 28077 Bremen
Tel. 0421 / 34629-15, Fax -50
eMail: kontakt@adfc.de
www.adfc.de

Bessere Chancen für die Schiene angekündigt

Koalitionsfraktionen stellen Antrag auf bessere Wettbewerbsbedingungen

Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen haben Mitte März in einem Antrag gefordert, die Wettbewerbsbedingungen für die Schiene denen der anderen Verkehrsträger weiter anzupassen. Damit soll mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene gebracht werden.

Es seien noch erhebliche Anstrengungen von Bahnunternehmen und Verkehrspolitik notwendig, um dieses Hauptziel der vor zehn Jahren beschlossenen Bahnreform zu erreichen. So müsse die Regierung auch künftig eine ausreichende Finanzierung für den Ausbau des Schienennetzes sicherstellen. Zur Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern müsse zudem die Mehrwertsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr abgeschafft, Kerosin mit der Mineralölsteuer besteuert und die Mehrwertsteuer auf Fernverkehrstickets der Bahnen abgesenkt werden, forderten die Koalitionsabgeordneten.

Privatisierung im Hinblick auf höhere Marktanteile der Schiene prüfen

Die Regierung solle sich auch auf europäischer Ebene für eine weitere Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen der verschiedenen Verkehrsträger insbesondere im fiskalischen Bereich einsetzen. Weiter heißt es in dem Antrag, mögliche Privatisierungsmodelle der Bahn seien dahingehend zu prüfen, ob die daraus folgenden Auswirkungen auf den Schienenverkehrsmarkt das verkehrspolitische Ziel, höhere Marktanteile der Schiene im Gesamtverkehrsmarkt zu erreichen, fördert und welche konkreten Anforderungen an die verschiedenen Modelle zu stellen sind. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-35642, Fax -36191
www.bundestag.de

Mehr Geld für die Straße geplant

Allianz pro Schiene kritisiert Beschluss der Landesverkehrsminister

Auf der Verkehrsministerkonferenz Ende Februar in Frankfurt am Main haben sich die Landesminister mehrheitlich dafür ausgesprochen, in Bundesfernstraßen jährlich mindestens 5,8 Milliarden Euro, in Bundesschienenwege dagegen nur mindestens vier Milliarden Euro zu investieren. Die Allianz pro Schiene, ein Bündnis von Umweltverbänden, Bahnunternehmen und Gewerkschaften, kritisierte diesen Beschluss.

Koalitionspolitiker sollen einschreiten

Jeder SPD-Verkehrsminister, der dafür gestimmt habe, falle seiner eigenen Bundesregierung in den Rücken, so der Verband. Die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung schreibe eine Gleichbehandlung von Straße und Schiene fest.

Deutschland manövriert sich nach Ansicht der Allianz pro Schiene mit diesen Beschlüssen international zunehmend ins verkehrspolitische Abseits. Die EU-Verkehrspolitik habe der Förderung des umweltverträglichen Schienenverkehrs einen klaren Vorrang eingeräumt. Staaten wie Frankreich und Schweden hätten erst kürzlich beschlossen, die jahrzehntelang vernachlässigte Schieneninfrastruktur zum Wohle der Bevölkerung und der Wirtschaft massiv auszubauen. Die Koalitionspolitiker müssten "dem Treiben der Landesverkehrsminister Einhalt gebieten". (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Allianz pro Schiene e.V., Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Regionalbahnen sollen auf Tourismus setzen

Abschluss des Pilotprojekts "Bahnverkehr in der Region"

Wenn Regionalbahnen wirtschaftlich fahren wollen, müssen sie versuchen, ihre Potenziale in Tourismus, Gütertransport und Schülerverkehr besser zu nutzen. Das hat Tilo Braune, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Mitte März bei der Abschlussveranstaltung des Pilotprojekts "Bahnverkehr in der Region" in Berlin gefordert. Der Erhalt regionaler Züge sei wichtig für eine umweltschonende Verkehrspolitik. Die Gemeinden sollten den Schienenanschluss berücksichtigen, wenn sie über Tourismuszentren, Gewerbegebiete oder Schulstandorte entscheiden, betonte Braune.

Untersuchung der Eifelquerbahn und der Brandenburgischen Städtebahn

Bei dem zweieinhalb Jahre dauernden Projekt erforschten das Bundesverkehrsministerium und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, wie Schienenverkehr auf Nebenstrecken wirtschaftlicher werden kann. Gutachter untersuchten die Eifelquerbahn zwischen Gerolstein und Andernach in Rheinland-Pfalz und die Brandenburgische Städtebahn zwischen Neustadt/Dosse, Rathenow und Jüterbog.

Ein Teilstück der Eifelquerbahn war 1991 aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt worden, im Pilotprojekt wurde sie reaktiviert. Die Zahl der Fahrgäste und Gütertransporte konnte so ausgebaut werden, dass sie vom Probe- in den Regelbetrieb übergehen konnte. Bei der Brandenburgischen Städtebahn habe man während der Projektzeit mit der Sanierung einer Teilstrecke begonnen, so Braune. Die Nachfrage habe jedoch nicht dauerhaft gesteigert werden können. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Invalidenstr. 44, 10115 Berlin
Tel. 030 / 2008-0, Fax -1920
eMail: buergerinfo@bmvbw.bund.de
www.bmvbw.de

Aus für Alleen vorerst abgewendet

Ministeriums-Empfehlungen werden überarbeitet

Die Umweltverbände haben eine Bedrohung für die Alleen in Deutschland vorerst abwenden können. Die vom Verkehrsministerium geplanten "Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall auf Bäume" (ESAB) müssen aufgrund der massiven Verbände-Protteste noch einmal von der zuständigen Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen überarbeitet werden.

Die derzeit aktuelle Fassung der ESAB sieht vor, dass Bäume nur dann an Straßen nachgepflanzt werden, wenn sie von Fahrzeugen, die von der Fahrbahn abkommen, nicht erreicht werden können. Das hieße praktisch, dass überhaupt keine Bäume mehr an Straßen gepflanzt werden könnten und würde langfristig das Aus für die Alleen bedeuten, so die Argumentation der Umweltverbände. Einen neuen Vorschlag will die Forschungsgesellschaft in den nächsten Monaten vorlegen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Stellungnahme zur ESAB:
www.bund.net/lab/reddot2/pdf/
esab_stellungnahme.pdf

City-Maut fördert Zersiedlung

BUND fordert stattdessen mehr Investitionen in ÖPNV und Radverkehr

Der BUND hält die City-Maut für nicht geeignet, den Individualverkehr mit dem Pkw zu reduzieren. Eine solche Maut könne sogar kontraproduktiv wirken. Die Begründung des Verbandes: Wenn die Maut isoliert eingeführt werde, könnten die Innenstädte gegenüber der "Grünen Wiese" den Kürzeren ziehen. Solange dort das Parken nichts koste, werde der Trend zu Einkaufszentren im Umland weiter verstärkt. Nach der Einführung einer City-Maut in London war europaweit über eine solche Maßnahme auch in anderen Städten diskutiert worden.

Der BUND verlangte stattdessen ein Gesamtkonzept zur Lenkung des Verkehrs innerhalb der Stadt sowie zwischen Stadt und Umland. Um die Städte tatsächlich vom Autoverkehr zu entlasten und ihre Standortqualität zu verbessern, sollte auch mehr in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den Radverkehr investiert werden. Als weitere Instrumente nannte der BUND innovative Mobilitätsangebote wie die MobilCard, Kombination von CarSharing und ÖPNV sowie den Stopp der Zersiedelung durch Abbau von Subventionen für Eigenheimbauer und Pendler.

Als weitere Alternative zur City-Maut plädiert der BUND für mehr Parkraumbewirtschaftung in den Städten. Diese könne ohne großen Aufwand eingeführt werden. Die Einnahmen will der BUND dem Ausbau des ÖPNV- und Radverkehrs zu Gute kommen lassen. Gleichzeitig müssten auch auf der "Grünen Wiese" Parkgebühren erhoben werden. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, siehe Beitrag links

Niedrige Diesel-Steuern in der Kritik

Verkehrs-BIs verlangen Beseitigung des Steuerschlupflochs

Der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) hat anlässlich des fünften Geburtstages der Ökosteuer auf ein "ungerechtfertigtes Schlupfloch" hingewiesen. Während die Ökosteuer beim Benzinverbrauch "greife" und zu Reduktionen führe, habe die Besteuerung bei Diesel versagt, so der Verband, der als Servicestelle der deutschen Verkehrs-Bürgerinitiativen fungiert.

Mit der vor 23 Jahren gefällten Entscheidung, die Steuern auf Benzin anzuheben und die auf Diesel niedrig zu belassen, sollte der Lkw-Verkehr wettbewerbsfähig gehalten werden. Diese Subventionierung sei heute nicht mehr nötig, sondern geradezu schädlich, so der Verband. Nicht nur der steigende Lkw-Verkehr - fünf Prozent in den letzten drei Jahren - zeige das. Inzwischen ergriffen immer mehr Pkw-Besitzer die günstige Gelegenheit und stiegen auf Diesel um. Der Diesel-Verbrauch der Pkw sei deshalb seit der steuerlichen Trennung um das Dreieinhalbfache gestiegen. Der Steuernachlass sei aber aus gesundheitlichen und klimatischen Gründen nicht zu rechtfertigen, so der Verband. Der Einbau von Rußfiltern sollte eine Selbstverständlichkeit sein, er mindere jedoch nicht die hohe Klimabelastung des steil steigenden Dieselvebrauchs. Das Steuerschlupfloch müsse im Sinne der Gleichbehandlung gestopft werden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
eMail: info@umkehr.de
www.umkehr.de

Einigung im Maut-Streit begünstigt Lkw-Verkehr

Bahnexpertengruppe und BUND kritisieren geplantes Vorgehen

Die Ende Februar erfolgte Einigung zwischen Verkehrsminister Manfred Stolpe und der Daimler-Telekom-Tochter Toll Collect im Streit um die Lkw-Maut begünstigt den Lkw-Verkehr auf Kosten der Bahn. Zu diesem Schluss kommt die Bahnexperten-Gruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB).

Ursprünglich sei die Lkw-Maut als eine Maßnahme gedacht, Lkw-Verkehr zu verteuern, zu reduzieren und den verbleibenden Verkehr auf Schiene und Wasserstrassen zu verlagern. Die neu gefundene Einigung läuft nach Meinung von BsB jedoch auf das Gegenteil hinaus.

Entlastung statt Belastung der Lkws

Von August 2003 bis Dezember 2004 werde es keine gesonderte Belastung des Lkw-Verkehrs geben. Die 1995 eingeführte Vignette, die am 1. August 2003 in Erwartung der elektronischen Maut abgeschafft wurde, werde auch nicht für die Zwischenzeit erhoben. Damit komme es statt zu einer Belastung zu einer Entlastung des Lkw-Transports, so der Verein. Außerdem werde es ab 2005 nur eine "abgespeckte Version" der Maut geben. Die Rede sei von rund 80 Prozent der ursprünglich für die Zeit ab August 2003 vorgesehenen Mauteinnahmen. BsB bemängelt, dass erst ab 2006 die elektronische Maut in vollem Umfang erhoben werde.

Als einen maßgeblichen Effekt der Maut-Diskussion wertet BsB, dass inzwischen die strukturellen Mängel der elektronischen Maut kaum mehr Thema seien. Als Mangel bezeichnet BsB zum Beispiel die Tatsache, dass die Maut nur Lkw ab zwölf Tonnen trifft, was zu Verlagerungen zu kleineren Lkw führe. Sie werde zudem nur auf Autobahnen erhoben und bewirke dadurch flächendeckende Umweg-Verkehre auf anderen Straßen. Sie werde zudem deutsche Lkw so gut wie nicht belasten, da diesen gleichzeitig eine Senkung der Kfz-Steuer in Aussicht gestellt werde. ▶

Vor allem werde die Maut mit 12,4 Cent je Fahrkilometer bei weniger als einem Drittel der Schweizer Lkw-Maut liegen und damit vermutlich keinerlei Effekt zur Transportvermeidung oder Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger haben.

Nach Maut-Desaster Chance nutzen und Verkehrsinvestitionen neu ordnen

Der BUND hat die Minister für Verkehr und Finanzen, Stolpe und Eichel, aufgefordert, nach dem Maut-Desaster die Verkehrsinvestitionen neu zu ordnen. Es sei unseriös, künftige eventuelle Einnahmen aus einem Schiedsverfahren mit Toll Collect zur Kompensation der Maut-Ausfälle zu verplanen. Das bedeute nur neue unkalkulierbare Risiken für die Steuerzahler.

Mit dem Verkehrsetat 2004 sollten immer noch viele ökonomisch und ökologisch unsinnige Prestigeprojekte finanziert werden, so der BUND. Die Bahn werde gegenüber der Straße weiter benachteiligt. Trotz der Maut-Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe zeigten die beiden Minister keine Ansätze die Investitionen zu überdenken. Der Erhalt bestehender Verkehrsverbindungen und die Fertigstellung laufender Projekte müssten aber Vorrang vor teuren und überdimensionierten Neubauten haben, forderte der BUND. "Bund und Länder müssen aufhören, Straßenneubauten als Politikinszenierung zu missbrauchen und endlich eine realistische Finanzplanung für alle Verkehrswege vorlegen." (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB),
c/o UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20,
13357 Berlin
Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
eMail: buergerbahn@umkehr.de
www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179
Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Mehrheit für Tempolimit auf Autobahnen

Verkehrsministerium, CDU/CSU, FDP und ADAC gegen Tempobeschränkung

Das Urteil gegen den "Autobahnraser von Karlsruhe" Ende Februar hat die Diskussion um ein Tempolimit auf Autobahnen wieder aufleben lassen. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Weis, hält eine Geschwindigkeitsbegrenzung für wirksam, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Der Fraktionsvize der Grünen, Reinhard Loske, forderte ein Tempolimit von 130 km/h. Widerspruch kam vom Verkehrsministerium sowie von der Opposition und dem ADAC. Man setze auf die Vernunft der Menschen, hieß es dort.

Focus-Umfrage: 61 Prozent für Tempolimit

Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Bevölkerung hat sich in einer Umfrage für das Nachrichtenmagazin "Focus" Ende Februar für ein Tempolimit auf den Autobahnen ausgesprochen. 40 Prozent aller Befragten plädierten dabei für eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 130 Kilometern pro Stunde, 18 Prozent wollten Tempo 150 und drei Prozent sprachen sich für Tempo 100 auf den Autobahnen aus. Gegen ein Tempolimit ist die Hälfte der Männer und ein Viertel der Frauen. Das Meinungsforschungsinstitut polis/USUMA befragte rund 1000 repräsentativ ausgewählte Personen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Quelle: Focus 01.03.2004

Urlaub ohne Auto soll schöner werden

"Reiselust"-Projekt auf der ITB vorgestellt

Unter dem Titel "Reiselust - Neue Wege in den Urlaub" hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD) auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) Mitte März ein neues Projekt vorgestellt. Urlaub in Deutschland soll bereits bei der Anreise mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln beginnen, also mit Bus, Bahn oder dem Fahrrad.

Urlaub vom Auto machen und die Ferien in Deutschland verbringen - das ist das Ziel des VCD und der Tourismusregionen Müritz, Uckermark, Münsterland, Sächsische Schweiz, Eggegebirge, Elbtal/ Wendland, Vogelsberg, Thüringer Schiefergebirge und Zweifelderland. Bisher fahren drei Viertel aller Reisenden mit dem Auto in den Urlaub. Das sorgt für zusätzliche Belastungen der Umwelt und der Gesundheit, etwa durch Lärm oder den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂, so der VCD.

Gezielte Vermarktung von Angeboten für Urlauber ohne Auto

Damit die Erholung für Mensch und Natur schon bei der Anreise beginnt, wollen die Tourismusregionen bis Mitte 2005 mit Unterstützung des VCD verstärkt Angebote entwickeln, wie die Urlauber bequem mit Bus und Bahn ans Ziel kommen können. In Zusammenarbeit mit Hoteliers, Verkehrsanbietern, Tourismusverbänden und Reiseveranstaltern ist dann die gezielte Vermarktung geplant. Die beteiligten Tourismusregionen erklärten sich in Kooperationsvereinbarungen mit dem VCD bereit, ihre Mobilitätsangebote für Reisende ohne Auto deutlich zu verbessern. Das Projekt wird vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. (vl) ■

• Kontakt / Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Umweltfeindliche Politik zerstört Natur auf Mallorca

Naturschutzverbände: Urlauber sollen gegen Großprojekte protestieren

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), die Zoologische Gesellschaft Frankfurt und Mallorcas Naturschutzverband GOB haben zu Protesten gegen mehrere geplante Großprojekte auf der Mittelmeerinsel aufgerufen. In der Regionalhauptstadt Palma demonstrierten Mitte Februar mehr als 50.000 Menschen unter dem Motto "Wer Mallorca liebt, zerstört es nicht" gegen die "umweltfeindliche Politik" und die geplanten Großprojekte der neuen konservativen Regionalregierung der Balearen.

"Ökologisches Notstandsgebiet"

Der Umweltverband GOB hat Mallorca zum ökologischen Notstandsgebiet erklärt. "Werden die Großprojekte in dem geplanten Umfang verwirklicht, verlieren die Inseln ihren ursprünglichen Charakter", so GOB-Sprecher Miquel Angel March, "es wird dann für viele Urlauber aus Deutschland einen Grund weniger geben, auf den Balearen die Ferien zu verbringen." Das Ziel, einen gehobenen Qualitätstourismus zu etablieren, werde so in weite Ferne rücken, die Krise des Tourismus werde sich weiter verschärfen. Die geplante Naturzerstörung werde vor allem Auswirkungen auf den Wander- und Fahrradtourismus haben, der in der Vor- und Nachsaison mittlerweile zu einer wichtigen Einnahmequelle für die Insel geworden sei.

Eine Reihe von umweltzerstörenden Großprojekte und Maßnahmen werden derzeit von der konservativen Regierung unter Regionalpräsident Jaume Matas vorangetrieben, berichtete GOB: So wurde im Oktober die Ökosteuer auf den Balearen abgeschafft. Zudem habe die balearische Regierung neue Straßenbauprojekte beschlossen. Zwischen Inca und Manacor soll mitten durch die Insel eine neue Autobahn gebaut werden, die nach Ansicht von Experten unnötig sei. ▶

Weiterhin plane die Regierung den Bau einer Klinik und eines Hotels direkt am Feuchtgebiet Salobrar de Campos. Das Vorhaben verstoße gegen europäisches Naturschutzrecht. Auf Mallorca werden zudem derzeit acht neue Golfplätze geplant, obwohl jetzt schon erheblicher Trinkwassermangel auf der Insel herrscht. Die neue Regionalregierung habe den Naturpark von Llevant auf Mallorca um 92 Prozent verkleinert. Hintergrund seien Bau- und Spekulationsinteressen, so GOB.

Statt neuem Raumordnungsplan Platz schaffen durch Abriss alter Hotels

Ein weiterer Schlag gegen die Natur sei die Verabschiedung eines neuen Raumordnungsplanes für Mallorca. Danach soll das Bau- und Bauerwartungsland in den kommenden zehn Jahren zusätzlich zu den schon ausgewiesenen Gebieten um weitere 3,3 Prozent erweitert werden. Neue Umweltprobleme in den Bereichen Energie, Wasser und Verkehr seien vorprogrammiert, so GOB, abgesehen von der unwiederbringlichen Zerstörung der Natur- und Kulturlandschaft. Als Alternative schlägt der Umweltverband vor, bestehende Stadtteile zu erneuern und alte Hotelanlagen abzureißen. Dann werde es auch Platz für Neubauten geben.

Um die negative Entwicklung noch zu stoppen, riefen GOB und DNR die deutschen Urlauber und Dauerbewohner auf den Balearen auf, gegen die geplanten Naturzerstörungen zu protestieren. GOB und DNR haben dazu einen Protestbrief verfasst, der von den Internetseiten der beiden Organisationen herunterkopiert oder auf Anfrage zugesandt werden kann. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Grup Balear d'Ornitologia i Defensa de la Naturalesa (GOB), deutschsprachiger Ansprechpartner Gerald Hau, C/Manuel Sanchis Guarner 10, E-07004 Palma de Mallorca
Tel. 0034 / 9714960-60, Fax -78, mobil: 0170 / 8865542
eMail: gobmallorca@email.de
www.gobmallorca.com

DNR, Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Verkehrspolitik schuld an Versagen im Klimaschutz

Bahnverkehrslobby: Regierung hat Klimaschutzziel aufgegeben

Die Allianz pro Schiene hat die Bundesregierung aufgefordert, an ihrem Klimaschutzziel festzuhalten, die CO₂-Emissionen bis 2005 um ein Viertel zu senken, und die dafür notwendigen verkehrspolitischen Maßnahmen zur Stärkung der klimafreundlichen Bahn zu ergreifen. Anlass ist die Feststellung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass das "frühere nationale Reduktionsziel für 2005 offenkundig aufgegeben" worden sei.

Aus einem aktuellen DIW-Wochenbericht geht hervor, dass der Verkehr der einzige Sektor ist, dessen CO₂-Ausstoß seit 1990 ansteigt. Während Industrie und private Haushalte einen deutlichen CO₂-Rückgang verzeichnen, lagen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs im Jahr 2002 um fast neun Prozent über den 1990er Werten.

Nach Daten des Umweltbundesamtes verursacht der Lkw-Transport fünfmal mehr klimaschädliches CO₂ als die Bahn, ein Pkw 2,3-mal mehr. Wenn allein die bereits begonnenen Baumaßnahmen auf der Schiene fertiggestellt würden, könnten täglich 36.000 Lkw-Fahrten von der Straße auf die Schiene geholt werden. Das ergaben Modellrechnungen der Allianz pro Schiene.

Nach dem klimapolitisch schlechten Start des Emissionshandels (siehe Seite 13) haben Klimaforscher und Umweltpolitiker eine entsprechend größere Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen im Verkehrssektor angemahnt. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Allianz pro Schiene, Frauke Lendowsky
Tel. 030 / 275945-62, Fax -60
eMail: frauke.lendowsky@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Dauer-Verkehrslärm ist Risikofaktor für Herzinfarkt

UBA-Studie: Infarktrisiko bei Männern steigt um 30 Prozent

Eine neue Studie des Umweltbundesamtes (UBA) untermauert einen Zusammenhang zwischen Straßenverkehrslärm und Herzinfarkt und kommt zu dem Ergebnis: Das Risiko, einen Herzinfarkt zu erleiden, steigt bei Männern um etwa 30 Prozent, wenn sie längere Zeit in Gebieten mit hohem Verkehrslärm wohnen, deren mittlerer Schallpegel draußen am Tag über 65 Dezibel liegt.

Die Untersuchung bestätigt Erkenntnisse, die das UBA bereits vor zehn Jahren ermittelt hatte. Damals waren die Ergebnisse jedoch nicht so deutlich wie in der aktuellen Studie. Über 4.000 Herzinfarktpatienten aus Berlin nahmen an der neuen Studie teil. Neben anderen bekannten Risikofaktoren wurden sie zu Lärmstörungen in ihrem Wohnumfeld befragt. Das UBA bestimmte mit Hilfe der Berliner Lärmkarte den Lärmpegel vor den Wohnungen der Teilnehmer. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz analysierte zudem die Lärmbelastung am Arbeitsplatz.

Bei Untersuchungspersonen, die an stark befahrenen Hauptstraßen wohnen, zeigte sich ein leichter Anstieg des Herzinfarktrisikos gegenüber denjenigen, die in ruhigeren Nebenstraßen wohnen. Warum dies und auch die Lärmbelastung am Arbeitsplatz nur Männer betraf, ist unklar. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Lärm mindernde Maßnahmen in der Umwelt dringend erforderlich sind. Dies könne durch Vermeidung des Lärms an der Quelle sowie durch geeignete planerische Maßnahmen geschehen. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
33 00 22, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: presse@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Studie "Chronischer Lärm als Risikofaktor für den Myokardinfarkt", 426 S., 10,- Euro; Bezug: UBA/W&V, Wolframstr. 95/96, 12105 Berlin, Fax 030 / 2181379, eMail: berlin@wundv.com

Lesenswert

Bahn AG zwischen geplanter Stagnation und Börsenschwindel

Der Autor analysiert die aktuelle Situation der Deutschen Bahn AG und kommt zu dem Schluss, dass Mängel wie Angebotsdefizite und Streckenengpässe im DB-Netz, der Serviceabbau, der Einbruch im Güterverkehr, die beträchtliche Desorganisation und die betriebliche Ineffizienz der Bahn die teils erwünschten, teils hingegen negativen Folgen der Anwendung von unausgesprochenen Dogmen darstellen. Um die DB samt Trassen börsentauglich zu machen und zugunsten der Staatskasse stückweise zu verkaufen, solle mit Hilfe von Repräsentationsbauten und Bilanzmanipulationen der Anschein eines florierenden Unternehmens erweckt werden. Das führt nach Meinung des Autors zur Demontage des nationalen Eisenbahnwesens. Die Gründung einer neuen, demokratisch geleiteten nationalen Eisenbahngesellschaft und einer ebensolchen Trassengesellschaft sieht der Autor als Grundlage einer möglichen Restrukturierung des Bahnwesens. Die Einführung eines neuen Systems deutlich gesenkter Fahrpreise, die Verlagerung des Fahrscheinverkaufs in die Züge, die Wiederherstellung eines umfassenden Service und die flächendeckende Streckenbedienung im 60-Minuten-Takt durch die verschiedenen Zugarten sind weitere Lösungsvorschläge für die Wiederbelebung der Bahn. (vl)

Reinhard Linde: Städtezerbindungen - Die DB zwischen geplanter Stagnation und Börsenschwindel, Verkehr Kompakt Nr. 11, 28 S., 2,- Euro zzgl. Versand, Bezug: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972, eMail: info@umkehr.de, www.umkehr.de ■

Lob für Entwurf zum Hochwasserschutzgesetz

Bauen in Überschwemmungsgebieten verboten, Ackernutzung eingeschränkt

Umweltverbände und Experten haben den im März vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf zum geplanten Hochwasserschutzgesetz als einen wichtigen Schritt zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes begrüßt. Der Entwurf sieht u.a. vor, innerhalb von fünf Jahren flächendeckend Überschwemmungsgebiete auszuweisen, in denen es keine Bau- und Gewerbegebiete mehr geben soll. Die Bundesregierung ziehe damit die notwendigen Lehren aus den Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre, hieß es.

Zu den Stärken des Entwurfes zählen nach Angaben des Naturschutzbundes (NABU) vor allem die verbindlichen Regeln über die Nutzungen in Überschwemmungsgebieten. Ein weitgehendes Verbot von Bebauungen und starke Einschränkungen für die Ackernutzung in Überschwemmungsgebieten seien die Grundvoraussetzungen für einen vorbeugenden und nachhaltigen Hochwasserschutz.

Kein hochwasserschutz an Bundeswasserstraßen?

Bedauerlich nannte der NABU es hingegen, dass die Bundesregierung bei den eigenen Bundeswasserstraßen nicht den Mut zu wirklichen Reformen zeige. So beugte man sich im Bundeswasserstraßengesetz weiterhin mit dem Grundsatz, dass der Hochwasserschutz nicht verschlechtert werden dürfe. Der NABU forderte die Bundesregierung auf, ihre Möglichkeiten zur praktischen und tatsächlichen Verbesserung des Hochwasserschutzes an den Bundeswasserstraßen auch zu nutzen. Dabei müsse die im Koalitionsvertrag beschlossene Renaturierung von Elbe und Unterer Havel vorangetrieben werden. (mbu)

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Abwasser der Kanalisation als Energiequelle

Studie: Heizen mit Abwasser ist wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll

Nach einer Studie der Bremer Energie-Konsens GmbH ist die Nutzung von Abwasser-Wärme aus der öffentlichen Kanalisation wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll. Die Wärme des Abwassers eignet sich demnach zur Warmwasserbereitung und Beheizung von Gebäuden. Energie-Konsens hatte für die Untersuchung der bisher noch wenig genutzten Energiequelle aus technischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht Bremerhaven als Beispiel gewählt.

Während die Wärmerückgewinnung bei Abwasser in der Industrie bereits zum Einsatz kommt, ist das in der öffentlichen Kanalisation bisher nicht der Fall. Energieexperten sehen im ungereinigten Abwasser der Kanalisation eine kontinuierliche Wärmequelle. Die Wärmemenge reiche aus, um eine signifikante Zahl aller an die Kanalisation angeschlossenen Gebäude mittels effizienter Wärmepumpentechnik zu beheizen, berichtet Energie-Konsens.

In Bremerhaven fallen jeden Tag rund 17 Mio. Liter Abwasser mit einer Durchschnittstemperatur von 14 Grad Celsius an. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass mit der geeigneten Technik eine Jahreswärmemenge von 40 Gigawattstunden genutzt werden kann. Die Nutzung von Abwasser-Wärme ist außerdem umweltfreundlich: Die CO₂-Emissionen seien niedriger als bei konventionellen Heizungsanlagen, heißt es. Die Studie zeigt an drei Fallbeispielen in weiteren Städten ein breites Anwendungsspektrum von Schwimmbädern und öffentlichen Gebäuden bis hin zu Privathaushalten. (mbu)

• Kontakt/Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Arbeitskreis Wasser, Nikolaus Geiler, Rennerstr. 10, 79106 Freiburg/Br.
Tel. 0761-275693, Fax -288216
eMail: nik@akwasser.de
www.akwasser.de

Versickerungs-Empfehlungen werden überarbeitet

Die Empfehlungen zur Versickerung und Wasserrückhaltung werden überarbeitet. Die erste Ausgabe wurde 2000 herausgegeben und von der Fachwelt positiv bewertet. Insbesondere haben die neuen ATV-DVWK-A138-Regelungen zu dem Überarbeitungsbedarf geführt. Die Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL) hat deshalb die Neuauflage beschlossen. Zur Feststellung von weiterem Überarbeitungsbedarf aufgrund neuer Erkenntnisse und Erfahrungen der Praxis können konkrete und begründete Textvorschläge bis zum 20. April bei der FLL eingereicht werden.

• Kontakt/Informationen

Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL), Christian Schulze-Ardey, Colmantstr. 32, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 6900-28, Fax -29
eMail: info@fll.de
www.fll.de

Lesenswert

Flüsse bewahren: BUND-Projekte

Der BUND verhindert Staustufen an der Donau und macht sich gegen den Elbeausbau stark, er pflegt eine Flusssau an der Ruhr und renaturiert die Radolfzeller Aach. Diese und weitere Beispiele erfolgreicher Flussprojekte finden sich in der Broschüre "Flüsse bewahren" aus der neuen BUND-Reihe "Natur schützen". (ab)

"Flüsse bewahren", 0,50 Euro, Bestell-Nr. 40.009; Hrsg./Bezug: BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel. 030 / 275864-0, Fax -40, eMail: angela.mecking@bund.net, www.bund.net



CD-ROM-Materialsammlung zur Gewässerentwicklung

Nach der Flutkatastrophe 2002 und der Dürre 2003 sind Gewässer und angrenzende Wasserlandschaften von größerem öffentlichen Interesse; Fachleute beschäftigen sich mit nachhaltigen Lösungen für Oberflächengewässer und die großen Einzugsgebiete. Vor diesem Hintergrund müssen neue Wege beschrrieben und der vorhandene Erfahrungsschatz im Umgang mit den Gewässerlandschaften reflektiert werden. Im November 2003 fand in München das BDLA-Seminar "Alles im Fluss - Landschaften planen und Gewässer entwickeln" statt. Die CD-Rom stellt eine Dokumentation dieser Tagung dar. (ab)

Materialsammlung "Alles im Fluss", CD-ROM, 22,- Euro (BDLA-Mitglieder 5,- Euro); Hrsg./Bezug: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA), Köpenicker Str. 48/49, 10179 Berlin, Tel. 030 / 278715-0, Fax -55, eMail: petra.baum@bdla.de, www.bdl.de



Gewässerstrukturkarte Deutschland

Von den in Deutschland untersuchten 33.000 km Fließgewässern sind nur 21% wenig vom Menschen berührt. Dies veranschaulicht die jetzt erschienene Gewässerstrukturkarte. Darin sind die Veränderungen der Gewässerstruktur als Abweichung vom natürlichen Zustand auf einer Skala von 1 (unverändert) bis 7 (vollständig verändert) klassifiziert. Die kostenlose Faltkarte mit Erläuterungen auf der Rückseite eignet sich besonders für Schulen und Universitäten. Herausgeber ist das Umweltbundesamt (UBA). (ab)

Gewässerstrukturkarte Deutschland, Faltblatt DIN A3, kostenlos; Hrsg./Bezug: UBA, ZAD, PF 33 00 22, 14191 Berlin (Postkarte), Fax 030 / 8903-2912, eMail: uba@stk.de



Termine

Bundesweit relevante Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter www.dnr.de/termine. DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet

- www.eco-events.de
- www.energiekalender.de
- www.uvp.de/termine.html
- www.bmu.de/termine ("Konferenzen...")
- www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4
- www.nna.de

Ihre Umwelt-Termine von überregionalem Interesse

...mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

April

16.-18.4., Loccum bei Hannover

Was is(s)t der Mensch?

Ernährung als neues Politikfeld; Evangelische Akademie Loccum, Dr. Andreas Dally
Tel. 05766 / 81-108, Fax -128
andreas.dally@evlka.de
www.loccum.de

16.-18.4., Lutherstadt Wittenberg

Erneuerbare Energien aus Sachsen-Anhalt für die Welt

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Katja Geißler
Tel. 03491 / -49880, Fax -400706
ev-akademie-wittenberg@t-online.de
www.ev-akademie-wittenberg.de

18.4., Stuttgart

Bundesweite Großdemonstration gegen Gentechnik

Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft, c/o Bioland Baden-Württemberg
Tel. 0711 / 550939-54, Fax -50
www.keine-gentechnik.de

21.-23.4., Magdeburg

Deutscher Fundraising-Kongress

Deutscher Fundraising-Verband
Tel. 0221 / 16082-15
fundraisingkongress@neueshandeln.de
www.fundraisingkongress.de

22./23.4., Berlin

Die neue EU und die Umweltpolitik

Jahrestagung des Öko-Instituts
Tel. 0761 / 452950
a.drewski@oeko.de
www.oeko.de

22.4., weltweit

Earth Day - Tag der Erde

Aktionsgemeinschaft Tag der Erde e.V.
markusschilling@gmx.de
www.tag-der-erde.de

23./24.4., Berlin

Multi modal mobil - Innovationen für eine nachhaltige Mobilität

Kongress; Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, verkehrspolitischer Sprecher Albert Schmidt
Tel. 030 / 227-71947
albert.schmidt@bundestag.de

28.4., Frankfurt a.M.

Wasserversorgung: Ökonomielastiges Benchmarking ökologisch aufbessern

Symposium; Institut für sozial-ökologische Forschung (isoe) GmbH, Natalie Hahn
Tel. 069 / 7076919-32, Fax -11
hahn@isoe.de
www.isoe.de/veranst/wassersymp.htm

28.4., weltweit

Tag gegen Lärm - Internationaler Noise Awareness Day

Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e.V., Ludger Visse
Tel. 0211 / -488499, Fax -442634
wettbewerb2004@dalaerm.de
www.dalaerm.de

Mai

3./4.5., Köln

Liberalisierung auch in der Wasserwirtschaft?

Fachtagung, Deutsches Inst. für Urbanistik
Tel. 0221 / 3771-144, Fax -146
ab-koeln@difu.de
www.difu.de

7.5., Dresden

Natura 2000 im Licht der EU-Erweiterung

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dr. Carsten Kolbe-Weber
Tel. 0351 / 46792-41, Fax -12
c.kolbe@ioer.de
www.ioer.de

7./8.5., Bonn

Ein Leitbild für den Umgang mit dem Rothirsch

Deutsche Wildtier Stiftung, Hamburg
Tel. 040 / 733-39331, Fax -0278
rotwildsymposium@rothirsch.org
www.DeutscheWildtierStiftung.de

7.-9.5., Berlin

Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt

Europäischer Kongress; IPPNW
Tel. 030 / 69-80740, Fax -38166
atomkongress@ippnw.de
www.ippnw.de

10.5.-1.6., verschiedene Städte

Tausende werden im Mai für's Klima aktiv

Klima-Bündnis, Ulrike Janssen
Tel. 069 / 7171390
europe@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org

12.5., Hindelang/Oberallgäu

Biodiversität in den Alpen

Int. Fachtagung zur Alpenkonvention; LBV, Ulrike Lorenz
Tel. 08331 / 9011-82, Fax -83
u-lorenz@lbv.de

13.-16.5., Neustadt/Weinstraße

Wirtschaft in Bewegung: Mit dem Fahrrad zu Arbeit, Schule, Einkauf

Vertriebsbüro
Tel. 062224142
mgrix@webarkaden.de

13.5., Offenbach a.M.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - Methodik der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung

Umweltinstitut Offenbach
Tel. 069 / -810679, Fax -823493
mail@umweltinstitut.de
www.umweltinstitut.de

14.5., Berlin
Fundraising für Umweltverbände
 Workshop, Deutsche Umwelthilfe (DUH)
 Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
 info@duh.de
 www.duh.de

14.-16.5., Verden bei Bremen
WTO und Umweltschutz - Der Gentechnikstreitfall
 Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

17.5., Berlin
Anwälte der Tiere - Klagerecht für Tierschutzverbände
 Umwelt- und Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein
 Tel. 030 / 80906332
 elke.mohrbach@schleswig-holstein.de
 http://landesregierung.schleswig-holstein.de

20.-23.5., Winterthur (Schweiz)
"no limits?!" - Frauen in Naturwissenschaft und Technik
 FiNuT-Kongress 2004; FiNuT Schweiz
 Tel. 0041 43 3111058
 finut@babu.ch
 www.finut2004.ch

21.-23.5., Neuenweg bei Freiburg/Br.
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Ökodorf-Institut
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

24.-28.5., Potsdam
27. Deutscher Naturschutztag
 Thema: Naturschutz als Zukunftsaufgabe; verschiedene Veranstaltungen; BfN, BBN, DNR, Helga Inden-Heinrich, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
 helga.inden-heinrich@dnr.de
 www.dnr.de/termine/index.php?id=25
 Programm siehe Beilage zu diesem Heft

28.-31.5., Bonn
Youth Energy Summit - Jugend-Energie-Gipfel
 Forum Umwelt & Entwicklung, Gregor Messmann, Bonn
 Tel. 0228 / -359704, Fax -92399356
 info@forumue.de
 www.forumue.de

29.-31.5., Bonn
Zweites Weltforum Erneuerbare Energien: Politik und Strategien
 Int. Konferenz: Eurosolar, Bonn
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1213
 inter_office@eurosolar.org
 www.eurosolar.org

Juni
 1.-4.6., Bonn
renewables 2004 - Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien
 Sekretariat renewables 2004
 Tel. 06196 / 7944-04, Fax -05
 info@renewables2004.de
 www.renewables2004.de

1.-4.6., Brüssel
Die Grüne Woche
 EU-Kommission, Generaldirektion Umwelt
 DNR, Juliane Grüning, Berlin
 Tel. 030/ 443391-81, Fax -80
 juliane.gruening@dnr.de

4.6., Hannover
Ökologischer Landbau: Nische oder Zukunftsmodell?
 Medienseminar; Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)
 Tel. 05199989-0, Fax -46
 nna@nna.niedersachsen.de
 www.nna.de

5.6., Berlin
Tag der Umwelt: Sternradtour und Umweltfestival
 Thema: Erneuerbare Energien
 Grüne Liga, Karen Thormeyer, Berlin
 Tel. 030 / 443391-49, Fax -33
 berlin@grueneliga.de
 www.grueneliga-berlin.de

5.6., bundesweit
Tag der Offenen Tür für Erneuerbare Energien
 Eurosolar, Dietmar Oeliger
 Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
 inter_office@eurosolar.org
 www.eurosolar.org

6.-9.6., Lutherstadt Wittenberg
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
 Kirchliches Forschungsheim, Pfr. Dr. Ulrich Seidel, Dipl.-Ing. Katja Geißler, Wittenberg
 Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
 forschungsheim@kfh-wb.de
 www.forschungsheim.de

7./8.6., Hamburg
Entwicklungsmöglichkeiten durch Klimaschutz
 Konferenz, HWWA, Axel Michaelowa
 Tel. 040 / 42834-309, Fax -451
 a-michaelowa@hwwa.de
 www.hwwa.de/climate.htm

7.-11.6., Bonn
Kampagnentraining: Die Organizer-Spirale
 Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

10.6., Schneverdingen
Strategische Umweltprüfung für Pläne/Programme
 Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)
 Tel. 05199 / 9890
 nna@nna.niedersachsen.de

11./12.6., Magdeburg
Binnenschifffahrt auf lebendigen Flüssen
 BUND, Beate Lange
 Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
 beate.lange@bund.net
 www.bund.net

16.6., Berlin
Diskussion des Fortschrittberichts zur Nachhaltigkeitsstrategie
 DNR, Annette Littmeier, Berlin
 Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
 annette.littmeier@dnr.de
 www.nachhaltigkeits-check.de
 Siehe auch Seite 21.

20.6., bundesweit
Mobil ohne Auto
 Bundesweiter Aktionstag; Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V.
 Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
 info@umkehr.de
 www.mobilohneauto.de

20.-23.6., Freiburg
EuroSun 2004 - Fünfte ISES Europa Solar Konferenz
 PSE GmbH Forschung, Entwicklung
 Tel. 0761 / 47914-0, Fax -44
 info@pse.de
 www.eurosun2004.de

22.6., bundesweit
Autofreier Hochschultag
 UMKEHR e.V. u.a.
 Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
 info@umkehr.de
 www.mobilohneauto.de

25.6., Berlin
Ökosteuern in Deutschland und Großbritannien
 Förderverein Ökologische Steuerreform
 Tel. 089 / 520113-13, Fax -14
 foes@foes-ev.de

Juli/August

12.-17.7., Berlin
Zu autofreien Städten IV - Towards carfree cities IV
 World Carfree Network, BUND u.a.
 info@worldcarfree.net
 www.worldcarfree.net/conference

7.-15.8., Barby/Elbe
Elbe-Saale-Camp
 Grüne Liga, Michael Bender, Berlin
 Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
 wasser@grueneliga.de
 www.wrrl-info.de

7.-13.8., Wendelsheim (Rheinhausen)
11. Ökodorf-Festival
 Ökodorf-Institut
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

16.-20.8., Stockholm (Schweden) u.a.
Welt-Wasser-Woche
 Grüne Liga/DNR, Michael Bender
 Tel. 030 / 443391 -44, Fax -33
 wasser@grueneliga.de
 www.wrrl-info.de

September

6.-8.9., Lutherstadt Wittenberg
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
 Kirchliches Forschungsheim, Pfr. Dr. Ulrich Seidel, Dipl.-Ing. Katja Geißler, Wittenberg
 Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
 forschungsheim@kfh-wb.de
 www.forschungsheim.de

21./22.9, Augsburg
Umweltrisiken von Nanomaterialien
 Institut für Physik der Universität Augsburg, Simon Meißner
 Tel. 0821 / 59830-04, Fax -02
 meissner@wzu.uni-augsburg.de
 www.amu-augsburg.de

22.9., bundesweit
Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten
 FUSS e.V., Berlin
 Tel. 030 / 4927473
 info@fuss-ev.de

24.-26.9., Neuenweg
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Ökodorf-Institut
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

Oktober

1.-3.10., Verden bei Bremen
Privatisierung und Umweltschutz - GATS, TRIPS, IWF und Weltbank
 Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

5.-7.10., Hamburg
Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?
 Max-Planck-Institut für Meteorologie, Dr. J. Lozan, Hamburg
 Tel. 040-428386676, Fax -4304038
 lozan@uni-hamburg.de
 www.Lozan.de

18.-22.10., Leipzig
Wasser in Osteuropa - 11. Magdeburg-Seminar
 Umweltforschungszentrum (UFZ), Dr. Hildegard Feldmann, Leipzig
 Tel. 0341 / 235-2264, Fax -2782
 feldfrau@pro.ufz.de
 www.leipziger-kubus.de

18.-22.10., Bad Kösen (Thüringen)
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
 Kirchliches Forschungsheim, Pfr. Dr. Ulrich Seidel und Dipl.-Ing. Katja Geißler
 Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
 forschungsheim@kfh-wb.de
 www.forschungsheim.de

November

12.-14.11., Steyerberg (Nds.)
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
 Ökodorf-Institut
 Tel. 07673 / 887886
 oekodorf@gemeinschaften.de
 www.gemeinschaften.de

26.-28.11., Verden bei Bremen
Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu leben?
 Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
 Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
 info@bewegungsakademie.de
 www.bewegungsakademie.de

(ab, mb) ■ ●

TV-Vorschau Natur- und Umweltfilme

Eine Vier-Wochen-Vorschau über Natur- und Umweltsendungen im Fernsehen bietet die TV-Zeitschrift Prisma auf ihrer Internetseite an. Eine Suchfunktion ermöglicht das Auffinden von Sendungen nach Titel oder Inhalt.

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps" bietet das Informationsportal bio.de für einige Tage im Voraus. Zu jeder Sendung gibt es eine Inhaltsangabe in mehreren Sätzen. (mb)

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=NaturSendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal"
www.bio.de/gruenerkanal.php4

Neue TV-Umwelt-Serien für Kinder

Die Hollies (3-teilig)

ab 2. Mai, So 20.20 Uhr, KI.KA

Die Graslöwen

ab 20. Juni, So 8.30 Uhr, ZDF

Die Hydronauten (26 Folgen)

ab 20. Juli, Mo-Fr 18.15 Uhr, KI.KA

Benny und der Kobold

Herbst 2004, KI.KA

Informationen: www.grasloewen-tv.de

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, komplette Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Für notwendige Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste mit allen Links im Internet:
www.janun-hannover.de/482.0.html

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt ("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreieckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>



2. Fernsehsendungen

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin
Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Arte-Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen)
www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 11.10-11.35, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKA)
www.tivi.de/loewenzahn
(mb, ab) ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/dr/b, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe Kontakt-Angaben im Heft). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationdienst www.ngo-online.de in Berlin.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/dr/b

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/publikationen/infoservice

Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzinges

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

als Privatperson

- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
- 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

für eine Organisation

- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
- 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
- 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

als Förderabonnement

- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**